



Joachim Kühn

Die Kriegsziele der französischen Bourgeoisie in Mitteleuropa



Verlag von Hans Robert Engelmann
Berlin 1918

Aufruf.

Dies Heft ist ein Glied in einer Reihe verschiedenartiger Schriften und Korrespondenzen, die von zwanglos zusammenwirkenden Vaterlandsfreunden verbreitet werden, um die gesunde politische Einsicht im Volke zu fördern. Das erste Ziel ist, der alldeutschen Agitation ebenso wie der chauvinistischen Bedrohung Deutschlands durch seine Feinde im Sinne einer durch Besonnenheit starken Reichspolitik entgegenzuwirken. Der alte nationale Geist soll gepflegt werden: Kräftig Deutsch, darum nicht Alldeutsch; kein die Welt bedrohender Chauvinismus, aber auch kein utopischer Pazifismus, also kein Verzicht um des Friedens willen auf nationale Eigenart, Unabhängigkeit und Größe.

Die Mittel für diese Arbeit liefert ein aus freiwilligen einmaligen Beiträgen gesammelter Fonds, den ein Komitee verwaltet, bestehend aus den Herren Professor Otto Baumgarten, Kiel, Professor Hans Delbrück, Berlin, Professor Walter Goetz, Leipzig, und dem Unterzeichneten. Um diese Tätigkeit fortsetzen und ausdehnen zu können, ist weitere Geldhilfe dringend nötig. Gegenüber der mit ungeheuren Mitteln arbeitenden Propaganda des Chauvinismus kann eine gesunde Aufklärungsarbeit nicht ohne Opfer durchgeführt werden. Darum werden neue Beiträge, bedeutende und geringe, von jedem deutschen Leser erbeten. Sie sind einzusenden an das Bankhaus Delbrück, Schickler & Co., Berlin W. 66, Mauerstr. 62 (Postscheckamt Berlin, Konto Nr. 400), Depositenkasse, Konto Professor Hans Delbrück, Separatkonto H. Auch um Mitwirkung bei der Verteilung der Aufklärungsschriften wird gebeten.

Mit den verbreiteten Schriften erklären sich die Veranstalter nur dem Grundcharakter nach einverstanden, während in allen Einzelfragen der wechselnden Stellung der Herren Verfasser Raum gelassen wird.

Charlottenburg 1.

Dr. Martin Hobohm.

Vom gleichen Verfasser ist bisher über Frankreich erschienen:

Französische Kulturträger im Dienste der Völkerverhetzung. („Der Tag des Deutschen" Heft 2.) Jena, Diederichs, 1917 (jetzt Verlag von Hans Robert Engelmann in Berlin W. 15).

Aus französischen Kriegstagebüchern. Berlin, E. S. Mittler & Sohn, 1918.

I. Stimmen aus der deutschen Gefangenschaft.
II. Der „Poilu" in eigener Beleuchtung.

Clemenceaus Förbundspolitik bedömd av en fransk Utrikesminister, Stockholm, Dahlbergs Förlags A.-B., 1918. (Dänisch unter dem Titel Clemenceaus Alliancepolitik, Kopenhagen, Nordiske Forfatteres Forlag, 1918.)

Unter dem Pseudonym Dr. Justus Keller:

Französische Menschlichkeit! Weimar, Kiepenheuer 1916. (Flugschriften der „Deutschen Politik" Heft 4.)

Edmund Nehrkorn, Die Hölle von Casablanca. Erlebnisse eines Marokkodeutschen. Eingeleitet und herausgegeben. Bern, Wyß, 1918.

Joachim Kühn

Die Kriegsziele der französischen Bourgeoisie in Mitteleuropa

Mit 4 Karten



Erstes bis fünftes Tausend

Verlag von Hans Robert Engelmann
Berlin 1918

Von der vorliegenden Schrift ist eine kürzere schwedische Ausgabe unter dem Titel „Fransk Erövringspolitik. Den franska Bourgeoisiens Krigsmål i Europa“ in Dahlbergs Förlags A.-B. in Stockholm erschienen. Eine dänische Ausgabe („Det franske Bourgeoisies Krigsmaal i Mellemeuropa“) veranstaltete der Nordiske Forfatteres Forlag in Kopenhagen. Eine holländische Ausgabe ist in Vorbereitung.

Einleitung.

Die aufsehenerregenden Enthüllungen der bolschewistischen Presse haben die Kriegsziele der französischen Regierung, die gerade jetzt erhöhtes Interesse gewinnen, im wesentlichen dahin umschrieben, daß sie neben der Erwerbung von Elsaß-Lothringen auch die Annexion des Saarbeckens sowie die Gründung eines neutralen Pufferstaates am linken Rheinufer anstrebt. Und doch ist die Frage nach den französischeu Kriegszielen nicht gelöst, solange es ungewiß bleibt, wie sich die seit dem 4. September 1870 führende Schicht der dritten Republik, die Bourgeoisie, die Gesamtheit also der wohlhabenden und gebildeten Kreise, gegen die Forderungen der Regierung verhält. Sind sie mit dem Programm der Poincaré und Clémenceau einverstanden? Unterstützen sie es? Entsprechen die wilden Annexionsphantasien, die sich aus dem vorschnellen Siegesjubel der letzten Wochen herausschälen, ihrer wahren Stimmung? Oder stehen ihre Wünsche mit den Wünschen der französischen Regierung in ruhigen Zeiten derartig in Widerspruch, daß diese nicht darauf hoffen kann, an ihren ehrgeizigen Plänen dauernd festzuhalten?

Ein Berg von Fragen, der leichter aufzuwerfen als zu beantworten ist. Immerhin ist die nichtamtliche französische Literatur über den kommenden Frieden im Laufe der Zeit zu einer derartigen Bibliothek angewachsen, daß jeder, der sich der Mühe unterzieht, ihre erreichbaren Erscheinungen zu durchblättern und die darin entworfenen Programme gegeneinander abzuwägen, eine ziemlich klare Übersicht über die Richtlinien gewinnen kann, die von der französischen Bourgeoisie in Hinsicht auf eine territoriale Neuordnung in Europa aufgestellt werden. Die Verfasser der seit 1914 veröffentlichten Kriegszielschriften lassen sich nämlich fast durchgängig als Mitglieder der in Rede stehenden Gesellschaftsschicht nachweisen. Ernest Babelon, Alphonse Aulard, Edouard Driault, Camille Jullian, Jules Dontenville, Louis Dimier sind bürgerliche Historiker, die teils zum Institut de France gehören, teils Beamtenstellungen an der Sorbonne, am Lyzeum in Versailles,

am Collège de France bekleiden, teils auf solche hinarbeiten; Paul Marmottan ist ein wohlhabender Kunsthistoriker, der als Biograph der ältesten Schwester Napoleons zum Imperialisten geworden ist; Henri Stein ist Konservator am Pariser Nationalarchiv; Malleterre, Biottot, Espérandieu, de Mauni sind Offiziere, Finot und Savarit, Maurras und Milhaud sind Leiter und Mitarbeiter der „Revue", des „Echo de Paris", der „Action française" und des „Rappel", die ausschließlich in gebildeten Schichten gelesen werden; Barrès und Bazin sind Mitglieder der Französischen Akademie, Enée Bouloc und Armand Richter Advokaten; Franck Chauveau, der ehemalige Senator des Oisedepartements und frühere Vizepräsident des Senats, ist Advokat und Grundeigentümer. Bourgeois sind auch die Nationalökonomen, die in der Kriegszielfrage das Wort ergriffen haben, so der Exminister Yves Guyot, der heute das „Journal des Economistes" redigiert, so Daniel Bellet, der bis zu seinem kürzlich erfolgten Tode als Professor an der Ecole libre des Sciences politiques und an der Ecole des Hautes Etudes commerciales tätig war, so der Professor Léon Polier von der Universität Toulouse oder der inzwischen gleichfalls hochbetagt verschiedene Alexis Delaire, ein Schüler Le Plays, der sich zuletzt als Generalsekretär der Internationalen Gesellschaft für Nationalökonomie betätigte. Louis de Launay ist Mitglied des Instituts und Professor an der Pariser Bergakademie. Biard d'Aunet ist Generalkonsul. Die Verfasser der Kriegszielschriften »La paix que nous devons faire« und »Ce que sera la paix de demain« werden von ihren Verlegern als hochgestellte Beamte geschildert, die teils in regen Beziehungen zu der diplomatischen Welt stehen, teils durch „ganz besondere Umstände" genötigt sind, ihren bekannten Namen zu verschweigen. Ihrer sozialen Stellung nach unbekannt sind nur ganz wenige Kriegsschriftsteller, die sich aber durch die Verläge, in denen sie ihre Bücher herausgegeben haben — Berger-Levrault, Plon-Nourrit, Floury, Attinger —, gleichfalls als Vertreter der herrschenden Bourgeoisie ausweisen. Ihre Schriften dürften daher tatsächlich der Stimmung und den Wünschen der Schichten entsprechen,

aus denen sie hervorgegangen sind und für die sie ihre Arbeiten bestimmen — der Schichten, die in Frankreich politisch tonangebend sind, soweit die gleichfalls aus ihrer Mitte hervorgegangene autokratische Regierung Poincaré-Clémenceau dies gestattet.

Wie denken sie sich nun den kommenden Frieden, den Frieden, für den Frankreich kämpft?

I. Imperialistische Taschenspielereien.

Wenn es eine Frage gibt, in deren Zeichen das heutige Frankreich einig ist, so ist es die Frage nach dem Schicksal des linken Rheinufers. Das ist selbstverständlich. Seit die französische Nation als solche besteht, hat sie alles daran gesetzt, um ihre Macht mit zäher Beharrlichkeit bis an den Rhein vorzutragen. Die Kapetinger gaben bereits die Losung aus, daß die französische Krone die Grenzen ihrer Herrschaft bis zum Rhein ausdehnen müsse, die Valois verfolgten das gleiche Ziel, in seinem Interesse besetzte Heinrich II. die drei Bistümer Metz, Toul und Verdun, und in seinem Interesse zog er die Grundlinien einer Politik, die unter der auf das Haus Valois folgenden Dynastie der Bourbonen zur systematischen Zerstückelung und Anbröckelung sämtlicher Staatsgefüge am linken Rheinufer bis zur Mündung des Stromes geführt hat. Mazarin erzwang auf dem Westfälischen Frieden von 1648 im Namen des minderjährigen Königs Ludwig XIV. die Abtretung aller habsburgischen Besitzungen im Unterelsaß, elf Jahre später fügte er im Pyrenäenfrieden die Gegend um Diedenhofen und das Artois hinzu. Ludwig XIV. legte die Hand vorübergehend auf Flandern und ließ sich durch seine famosen „Reunionskammern" mit der Zeit das ganze noch übrige Elsaß zusprechen; er besetzte Luxemburg und Lothringen, und wenn auch die letzteren Gebiete 1697 noch einmal geräumt werden mußten, so sicherte er doch der französischen Krone zwischen Rhein und Maas eine derartig überragende Stellung, daß sein schwacher Nachfolger Ludwig XV. die Verleihung des lothringischen Thrones an seinen Schwiegervater Stanislaus Lesczynski ohne weiteres durchsetzen konnte. 1766 schloß dieser die Augen, und damit war das Schicksal des Herzogtums besiegelt. Die Revolution vollendete das Werk der Bourbonen. Ihre Heere gaben dem deutschen Staatengewirr am linken Rheinufer den Todesstoß. Sie eroberten Belgien und Holland, und als Napoleon 1804 die Kaiserkrone aufs Haupt setzte, da dehnten sich von Weißenburg bis Kleve die Departements Mont-Tonnerre, Sarre, Rhin-et-Moselle und

Roer, in Mainz und Trier, in Coblenz und Aachen schalteten französische Präfekten, während die Mündungsländer des Rheins unter dem Namen Batavische Republik einen französischen Vasallenstaat bildeten. Sie wurden bekanntlich bereits zwei Jahre später zu einem napoleonischen Königreich erhoben und 1810 mit dem »Grand-Empire« direkt vereinigt. Das war die Krönung der französischen Rheingrenzenpolitik, die Erfüllung des großen Traumes, der Geschlecht um Geschlecht den morschen Grenzwällen des Heiligen Römischen Reiches entgegengetrieben hatte.

Daß er nur allzuschnell zusammenbrach, daß der Pariser Friede von 1815 die Früchte der Revolutionskriege, der Frankfurter Friede von 1871 das Erbe Ludwigs XIV. vernichtete, hat Frankreich nie verwunden; und darum beschäftigt sich heute die überwiegende Mehrheit der französischen Kriegszielschriften und -aufsätze von neuem mit dem linken Rheinufer. Daß es in der einen oder anderen Form von neuem in französische Gewalt oder unter französische Kontrolle kommen muß, wird allgemein verlangt, mag es sich nun um Republikaner oder Royalisten handeln. Allerdings behauptet man diesmal, das alte Ziel solle nur insofern wieder aufgenommen werden, als man lediglich die Erwerbung oder dauernde Überwachung d e u t s c h e r Gebietsteile ins Auge faßt. Wer jedoch die französische Geschichte kennt, der findet in den vorgebrachten Argumenten alte Bekannte wieder, Ladenhüter aus dem Phrasenschatz des Sonnenkönigs und des Konvents, mit denen beide gearbeitet haben, als sie ihren Machtbereich bis zur Waal ausdehnten.

Was zunächst ins Feld geführt wird, um eine Wiederaufnahme der bourbonischen, jakobinischen und napoleonischen Rheingrenzenpolitik zu rechtfertigen, ist die Lehre von der natürlichen Grenze Frankreichs, die durch den Rhein gebildet werde. Sie ist natürlich außerordentlich brauchbar, hebt sie doch jeden Widerspruch zwischen dem Expansionsdrang der dritten Republik und den unbequemen Anforderungen des Nationalitätsprinzips auf. Um sie zu beweisen, läßt man sich von Cäsar bescheinigen, daß sich Gallien von den Alpen bis

zum Ozean und von den Pyrenäen bis zum Rhein erstrecke; als weiterer Kronzeuge wird Tacitus aufgerufen, der in seiner „Germania“ gesagt hat, Germanien werde von Gallien durch den Rhein getrennt. Daß die angezogenen Stellen wahrscheinlich nachträglich interpoliert worden sind, daß die gleichlautende Notiz Strabos auf den alten alexandrinischen Geographen Timagenes zurückgeht, der zur Zeit des Augustus in Rom lebte und Gallien nie betreten hat, daß die Germanen statt dessen schon damals am linken Rheinufer so stark vertreten waren, daß es in eine Germania superior und eine Germania inferior zerteilt wurde, wird nicht weiter berührt; de minimis non curat praetor. Um so eifriger wird darauf hingewiesen, daß Philipp August, Ludwig XI. und Richelieu dieselbe Ansicht geäußert hätten wie Cäsar. Sollten skeptische Geister trotzdem den Einwand erheben, daß das Gallien der cäsarianischen Zeit mit dem modernen Frankreich nicht identisch sei, daß am linken Rheinufer deutsch gesprochen werde und daß eine Angliederung dieser deutschen Gebiete an Frankreich eine flagrante Verletzung des Nationalitätsprinzips bedeute, so wird demgegenüber eine Theorie aufgestellt, die sich auf kulturell gleich hochstehende Völker in keinem Falle anwenden läßt — die Theorie nämlich, daß der Gebrauch einer bestimmten Sprache keinen Rückschluß auf ihre rassische Zugehörigkeit zulasse. Das behauptet jedenfalls der Historiker Ernest Babelon, der in seinem umfangreichen Werke »Le Rhin dans l'histoire« die „merkwürdigen Illusionen“ der Etymologen, Sprachforscher und Linguisten an den Pranger stellt, obwohl er selber zugeben muß, daß „das Publikum im allgemeinen geneigt ist, die Sprache als das Symbol einer Nationalität, den immer lebendigen Zeugen seines urwüchsigen Genies zu betrachten“ (II 507); das behauptet ferner sein Kollege Camille Jullian, der klipp und klar niederschreibt, Rasse und Sprache seien zwei vollkommen trennbare Begriffe; „wie viel Menschen sprechen Arabisch, die nicht einen Tropfen semitisches Blut in den Adern haben!“ Die gleiche Argumentation findet sich in F. de Graillys Kampfschrift: »La vérité territoriale et la rive gauche du Rhin«; selbst wenn die deutsche

Sprache von der Bevölkerung des linken Rheinufers von jeher gesprochen worden wäre, heißt es da, so beweise das gar nichts. „Folgt etwa aus der Tatsache, daß die Franzosen, Spanier, Portugiesen, Italiener, Rumänen und andere Völker und Volksteile durchgängig neulateinische Sprachen sprechen, daß sie im Rahmen einer einzigen Nation zusammengeschlossen werden müssen? Sind nicht die deutschsprechenden Provinzen des österreichischen Kaiserstaates tatsächlich und seit langer Zeit von den andern Ländern deutscher Sprache getrennt? Steht es nicht mit den Schweizer Kantonen der gleichen Sprache genau so? Wo ist die sittliche Notwendigkeit, diesen Sachverhalt zu ändern? Wo die natürliche Notwendigkeit? Es handelt sich eben um verschiedene Länder, die von verschiedenen Nationen bewohnt werden; und wenn darin zufällig dieselbe Sprache gebraucht wird, so werden sie darum nicht minder national und geographisch unterschieden bleiben" (S. 300—301).

Die Sprache beweist also nach der Ansicht dieser Kriegszielpublizisten für die ethnische Zugehörigkeit einer Bevölkerung gar nichts; man kann aber das Nationalitätsprinzip unmöglich ganz beiseite schieben, da nun einmal die Republik angeblich in seinem Interesse zu Felde gezogen ist, und so sieht man sich denn zu der weiteren Behauptung gezwungen, über die Sprache gehe die Rasse und diese wurzele im vorliegenden Falle in keltischen, ligurischen, lateinischen, keineswegs aber in germanischen Elementen. Erfinder dieser vortrefflichen Lehre ist der bereits erwähnte Professor Camille Jullian, bezeichnenderweise ein Schüler von Lavisse und Fustel de Coulanges, der sie in seiner umfangreichen »Histoire de la Gaule« bereits im Jahre 1908 auseinandergesetzt hat und neuerdings in einer Broschüre wieder auffrischt — selbstverständlich ohne damit eine Tendenz zu verfolgen, wie er in seiner Schrift »Le Rhin gaulois« versichert, nichtsdestoweniger aber im Rahmen der bekannten Attingerschen Propagandaserie »Le Rhin français« die von Annexionisten aller Schattierungen immer wieder ausgeschlachtet wird. — Die Bevölkerung des linken Rheinufers, erklärt Jullian, sei von Natur keltisch, wie denn

der Rhein überhaupt kein germanischer, sondern ein keltischer Strom sei. Auf seinen Erklärungen fußend meint auch Savarit, die linksrheinische Bevölkerung sei ein Gemisch von ligurischen und kelto-gallischen Elementen; „diese Provinzen sind also zwiefach gallisch". Darüber habe sich dann eine lateinische Schicht gelagert, die sich mit der Urbevölkerung verschmolzen habe und stark genug gewesen sei, um die paar 100 000 Germanen, die während der Völkerwanderung über den Rhein gekommen seien, in sich aufzusaugen (S. 9/11). Der Verfasser der Schrift »La paix que nous devons faire« gibt zwar zu, daß die „Cisrhenanen" geschichtlich und sprachlich deutsch geworden seien, er betont aber, daß sie vom völkischen Standpunkt aus zum „gallischen Vaterland" gehörten (S. 31). Babelon bekennt sich als entschiedener Gegner aller Rassentheorien, nutzt aber trotzdem die selbstverständliche Tatsache, daß sich auf dem platten Lande hier und da die „Reste des alten gallischen, gallisch-römischen, fränkischen (!) und lotharingischen (!!) Bevölkerungsuntergrundes" ahnen lassen, zu der Folgerung aus, daß das linke Rheinufer schon deshalb französisch werden müsse (II 500). Der Abbé Coubé behauptet im gleichen Zusammenhange, die Bevölkerung der Rheinlande sei von Blut und Seele gallisch (S. 4), und um diese „Tatsache" zu „beweisen", macht F. de Grailly auf die Ähnlichkeit der Lebensführung und die durchschnittlich braune Haarfarbe der Rheinländer aufmerksam (S. 286—288); zwei Momente, auf die kein Ethnologe, der etwas über die Verwandtschaft zweier Negerrassen schreiben wollte, seine Behauptungen stützen dürfte, ohne sich wissenschaftlich lächerlich zu machen. Edouard Driault verkündet endlich: „Sie waren früher und sind noch heute rassisch und kulturell mit den Kelten Frankreichs verwandt, und die Politik ihrer Fürsten, der weltlichen wie der geistlichen, hatte sie von Jahrhundert zu Jahrhundert daran gewöhnt, auf Frankreich zu blicken. Es war und ist das Land ihres Ursprungs" (S. 373).

Auf die Verwandtschaft von der römischen Seite her verweist dagegen Onésime Reclus, der in seiner Schrift »Annexion de la Rive gauche« die Losung ausgibt: „Betrachten

wir die Cisrhenanen nicht als reine Deutsche im Sinne von Preußen (!), sondern als Halbfranzosen, als Halbbrüder, die in den Schoß der Familie zurückkehren werden" (S. 77). „Es geschieht im Namen ihrer einstigen Latinität, daß wir sie zurückfordern; sie kann nicht verfehlt haben, Anknüpfungspunkte für ein zukünftiges Bruderschaftsverhältnis zurückzulassen" (S. 25). Der Forschungsreisende Pouvourville stützt sich in seiner Forderung nach dem linken Rheinufer gleichfalls nicht so sehr auf die Gallier, als auf die Römer, „deren unmittelbare Erben wir sind" (S. 164). „Die Rheinlande haben immer in der Richtung des lateinischen Weltsystems gravitiert," betont er in seinem Werke »Jusqu'au Rhin«, „Karl der Große, Ludwig XIV., Napoleon I., um nur unsere ragendsten Zeugen anzuführen, haben durch verschiedene Regierungsakte diese Abhängigkeit gestützt und verstärkt; der lügnerische Irrtum eines Vertrages, der das Gleichgewicht des Abendlandes zerstört, ist nicht imstande, den Stempel des eigentlichen Herrschers auszulöschen und das Erbe des Römerreiches zu zerstreuen, von dem Gallien, zu Frankreich geworden, abstammt" (S. 142).

Die armen Bewohner des linken Rheinufers! Einmal sollen sie Römer sein, also einem Volke angehören, das, wie niemand bestreiten kann, seit annähernd 2000 Jahren nicht mehr lebt. Dann wieder werden sie zu Kelten gemacht ungeachtet der Tatsache, daß eine internationale ethnographische Wissenschaft seit geraumer Zeit unumstößlich festgestellt hat, daß auch die Kelten eine ausgestorbene Rasse sind, von der sich nur ganz geringe versprengte Reste in kleinen Enklaven erhalten haben!

Hier und da wird schließlich den Rheinländern eine gallisch-romanische Mischnatur zugeschrieben, die nur oberflächlich germanisiert sei. Auf diesen Standpunkt stellt sich beispielsweise der Major Espérandieu, der in seiner Schrift »Le Rhin français« das Votum abgibt: „Daß die Rheingegend im Lauf der Jahrhunderte mehr als jede andere verdeutscht worden ist, erklärt sich durch die Nähe der Grenze" (S. 7). Seine Anschauung teilt der frühere französische Außenminister Gabriel

Hanotaux, der in den Rheinländern eine Vereinigung von keltischem Blut mit römischer Kultur, keinesfalls aber Germanen sieht: „Indem sich die Römer auf Gallien stützten, daneben aber auch die Dienste der Germanen dienstbar machten, schufen sie, wahrscheinlich bewußt, eine Mischung der beiden Rassen. Die Gallier übermittelten den Germanen die römische Kultur. Der Name Germane beweist keineswegs das Bestehen einer völkischen Einheit, er stammt aus dem Gallischen und bedeutet „Nachbar" (Histoire de la Guerre, III; Delaire 106).

So ergibt sich trotz aller Widersprüche eine herrliche Einigkeit über die Rassenfrage am linken Rheinufer. Sie besteht darin, daß jeder „Beweis", mag er auch noch so dürftig sein, willkommen ist, wenn er nur geeignet scheint, das politische Ziel, das man will, zu stützen. Da man aber die Fadenscheinigkeit seines Beweismaterials sehr wohl kennt, so pocht man zum Überfluß auf den landschaftlichen Charakter der linksrheinischen Gebiete, der angeblich ganz französische Züge trägt. Der Entdecker dieses Mirakels ist Pouvourville, der seine Schilderung des Moseltales mit den mystischen Worten schließt: „Prägen wir uns beim Betrachten dieser Landschaften, dieser Berghänge ihre köstliche Klarheit, ihre trauliche Phantastik, ihre temperamentvolle Biederkeit ein: indem sie sich zusammenschließen und gegenseitig durchdringen, bilden sie eine Totalität, die tatsächlich die französische Totalität ist und die der Deutsche verständnislos haßt und zu zerstören sucht, wenn er sie antrifft" (S. 155). Für dieses Argument werden alle Nachbarn Frankreichs das innigste Verständnis haben. Denn wie leicht würde sich aus dem landschaftlichen Charakter Savoyens folgern lassen, daß auch die Westschweiz zu Frankreich gehört, und wo sind im Norden die landschaftlichen Grenzen zwischen dem Artois, Flandern und Holland?

Ein weiteres Argument für die Erwerbung des linken Rheinufers knüpft an die nationale Überzeugung an, daß Frankreich eine Sendung in der Welt zu erfüllen habe, die Sendung, alle Völker mit den Segnungen der modernen Kultur zu durchdringen und überall der Freiheit und Gerechtigkeit

eine Gasse zu brechen. Der kürzlich verstorbene Publizist Léon Bloy hat in diesem Sinne von der symbolischen Identität Frankreichs mit dem gesprochen, was das Königreich Gottes genannt wurde. „Frankreich ist so sehr das erste der Völker", hat er im Vorwort seines 1914 erneuerten Werkes „Sueur de Sang" verkündet, „daß sich alle andern, gleichgültig welche, ehrenvoll bedacht fühlen müssen, wenn sie der Gnade gewürdigt werden, das Brot seiner Hunde zu essen. Wenn Frankreich glücklich ist, ist auch der Rest der Welt zur Genüge glücklich, und müßte es dieses Glück mit der Knechtschaft oder der Ausrottung bezahlen. Wenn aber Frankreich leidet, so leidet Gott, der schreckliche Gott, der für die ganze Erde sterbend sein Blut hingibt." Frankreich ist also der Heiland der Welt: um sie aber erlösen zu können, um, demokratischer gesprochen, das Banner der Kultur hochhalten zu können, dazu bedarf es eines beständigen Nachschubs an frischen Kräften, und diese Kräfte — ein Blick auf die französische Bevölkerungsstatistik lehrt es — wollen sich aus dem Schoße der eigenen Nation nicht mehr ergänzen. „Zweifellos ist es für unser Land sehr schön und sehr verdienstlich," schreibt de Grailly über diesen Punkt, „die ein bißchen undankbare und immer lastvolle Rolle eines Vorkämpfers für die Gerechtigkeit auf sich zu nehmen; diese Rolle erfordert aber, um wirkungsvoll durchgeführt zu werden, Kraft, sehr viel Kraft. Das mag für die gesagt sein, die Frankreichs Seelengröße ins Feld führen, um es zu einer Selbstlosigkeit zu treiben, die angeblich ritterlich und tatsächlich doch nur albern und unbillig wäre, indem sie ihm just die Mittel entzöge, die hohe Sendung als Schirmherr des Rechts, die es sich gegeben hat, zu erfüllen" (S. 3). „Es ist dringend zu hoffen," ergänzt Coubé, vollends deutlich werdend, „daß das öffentliche Gewissen, durch den Krieg schmerzlich aufgeklärt, begreifen wird, daß der fortschreitenden Entvölkerung Frankreichs Einhalt getan werden muß, daß sich auf unsern blutigen Gräbern bald zahlreiche Wiegen erheben müssen. Inzwischen wird es für uns von ungeheurem Vorteil sein, auf dem linken Rheinufer — jenem Menschenreservoir, das Frankreich unter dem

Kaiserreich, der Revolution und — vor der Annexion — selbst unter der Monarchie so viele tüchtige Soldaten geliefert hat —, alle Jahre mehrere Armeekorps ausheben zu können" (S. 19).

Mit diesen ethnographischen, geographischen und ethischen Gründen ist aber die Reihe der Argumente zu Gunsten einer Einbeziehung des linken Rheinufers noch lange nicht erschöpft. Reclus führt hierfür auch noch privatrechtliche Erwägungen ins Feld, der Böse, meint er, müsse mit der Wegnahme bedeutender Landesteile bestraft werden (»Annexion de la rive gauche«, S. 68), während Armand Richter, auf den die gallische Natur des linken Rheinufers nur wenig Eindruck gemacht haben dürfte, zur Begründung seiner Forderungen eine Lehre aufstellt, die genau so bedenklich scheint wie die oben angeführte Verneinung des linguistischen Moments: die Lehre nämlich (S. 27), daß „das Recht einer Nationalität nur dadurch geschirmt werden kann, daß das Recht einer anderen Nationalität angetastet wird; dieser Eingriff ist berechtigt, wenn die eintretende Benachteiligung weniger schwer ist als die vorher empfundene". Von einer solchen Beweisführung zur glatten Ableugnung des Nationalitätsprinzips ist nur ein Schritt. Ihn in aller Offenheit getan und damit die Maske der französischen Bourgeoisie vollends gelüftet zu haben, ist das Verdienst des bereits erwähnten Historikers Ernest Babelon, der in der Einleitung zum zweiten Bande seines großen Werkes über die Rheingrenze auseinandersetzt, wer sich durch das „famose" Nationalitätsprinzip hypnotisieren lasse, der hänge Hirngespinsten nach. Theoretisch sei es zwar ein schönes Ding, aber praktisch setze es doch voraus, daß die Menschheit noch in den Kinderschuhen stecke oder darüber einig sei, sich von Grund auf neu zu gestalten. „Da aber die Menschheit schon ein paar Tausend Jahre alt ist, so gibt es erworbene Rechte, feste Stellungen, Verträge, Vorurteile, ehrgeizige Bestrebungen, unlösbare Verstrickungen von Rassen und Völkern, denen man praktisch Rechnung zu tragen genötigt ist . . . Wir erben eine Lage, die die Jahrhunderte und die Ereignisse uns zurechtgemacht haben, und sie haben uns auch ge-

schichtlich ein Anrecht auf dies Rheinland verliehen, das der Erbsitz der Gallier, der Gallo-Romanen, der Franken (!) und der Deutsch-Franzosen (?), aber nicht der Preußen war" (Bd. II, S. XVII/XVIII).

Strategische Gründe macht Savarit geltend: die jetzige Grenze sei schwer zu verteidigen, Paris sei dem Feinde zu nahe und bleibe beständig einem Handstreich ausgesetzt; den Sitz der Regierung nach einem anderen Teile Frankreichs zu verlegen sei unmöglich, dazu sei der ganze Verwaltungsapparat der Republik zu sehr auf die Hauptstadt zugeschnitten. Ähnlich argumentieren René Bazin, Stephen Coubé, Alexis Delaire und Franck Chauveau; Maurice Barrès schreibt im „Echo de Paris" vom 26. Februar 1915: „Im Namen des französischen Heils, für die Sicherheit unseres Vaterlandes, für den Frieden unserer Söhne und Enkel, die wir nicht noch einmal so schrecklichen Fährnissen aussetzen wollen, brauchen wir im Osten eine Grenze, die schließt; wir brauchen das, was Bismarck ‚den Schlüssel unseres Hauses' nannte." Das klingt überzeugend, und doch kann man nicht köstlicher entgleisen als der Dichter der „Colette Baudoche" bei dieser Gelegenheit: hat doch Bismarck das Bild von den „Schlüsseln unseres Hauses" in dem Sinne geprägt, daß er darunter die Schlüssel des *deutschen* Hauses verstand; zudem haben gerade die Ereignisse dieses Krieges bewiesen, daß der 1871 festgesetzte Verlauf der deutsch-französischen Grenze für *Verteidigungszwecke* ganz hervorragend geeignet ist.

Ein letzter „Grund", den namentlich Driault für die Besetzung des linken Rheinufers ins Feld führt, ist rein politischer Natur. Was für ihn die Forderung nach dem linken Rheinufer zum Programm erhebt, ist die Einbildung, daß die Grenze der ersten Republik einer historisch begründeten Notwendigkeit entspricht, daß sie den eigentlichen Kern jeder französischen Politik zu bilden habe. „Wir verlangen, daß die Republik nicht die Außenpolitik einer Partei verfolgt, sondern daß sie die Überlieferung der gesamten französischen Geschichte und vor allem die Überlieferung der ersten Republik wiederaufnimmt und fortsetzt; wir fordern, daß sie fran-

zösische Politik macht, daß sie, nachdem sie den Zusammenschluß aller lebenden Franzosen verwirklicht hat, die ‚große Verbundenheit‘ aller Generationen und im besonderen der republikanischen Generationen wird und bleibt, die in der Geschichte Frankreich geschaffen haben“, schreibt er in »La République et le Rhin« (S. 1—2), und leidenschaftlich fügt er gegen Schluß seiner Studie hinzu: „Alle Regierungen des 19. Jahrhunderts haben sich die Doktrin der ersten Republik, die Doktrin der Danton, der Carnot, der Reubell endgültig zu eigen gemacht. Sollte jetzt die Republik die einzige sein, die sie verleugnet? Wir haben sie in der Gesetzgebenden Nationalversammlung entstehen sehen, haben gesehen, wie sie unter dem Konvent dank des Sieges Fleisch und Blut gewann, wie sie sich der Diplomatie des Direktoriums und des Konsulats aufzwang; sie ist von unséren größten Republikanern ausgesprochen und verkörpert worden, und die Republikaner von heute sollten die Geschichte auf die Vertreter derjenigen Regierungen festlegen, die die Rheingrenze verloren haben? Wäre die dritte Republik der ersten, aus der sie hervorgegangen ist, von der sie alle Grundsätze empfangen hat, deren politisches und soziales Gedankengebäude sie verwirklichen muß —, wovon sie noch sehr weit entfernt ist —, wäre sie ihr derartig unwürdig? Das ist nicht möglich. Stärker noch als das königliche oder das napoleonische Frankreich verschmilzt die dritte Republik historisch und gedanklich mit der Rheingrenze, der Wiederherstellung Alt-Galliens“ (S. 139). Und drohend schließt er: „Die gegenwärtige Republik ist ihrer Zukunft nicht allzu sicher. Man wird sie danach beurteilen. Wenn aber die Republik von heute das große Frankreich der Geschichte wiederschafft, wer würde sie dann anzutasten wagen? Welche andere Regierungsform würde mit ihr wetteifern können? ... Es ist notwendig, daß sie das ist, wozu sie ihr Name Republik verpflichtet, das ganze Frankreich; es ist notwendig, daß sie sich der ganzen Geschichte Frankreichs würdig zeigt, daß sie alle französischen Traditionen zu-

sammenfaßt, und es gibt keine beständigere als die Tradition der Rheingrenze" (S. 140—141).

Man kann nicht offener sein. Die dritte Republik muß das linke Rheinufer deshalb in ihre Gewalt bekommen, weil sie damit ihr eigenes Bestehen sichert, weil sie dadurch ihren royalistischen und bonapartistischen Konkurrenten den Wind aus den Segeln nimmt, weil sie damit die »frontière de résignation«, die »frontière de désastre« niederreißt und das Regiment der Pékins mit geschichtlicher Glorie umkleidet. Was bedarf es da ethnographischer Untersuchungen, geographischer Entdeckungen, ethischer Argumente? Wenn Poincaré an Napoleon und Danton, an Ludwig XIV. und Philipp den Schönen anknüpft, so sind alle Spitzfindigkeiten überflüssig. Und darum fällt Driaults Forderung mit dem zusammen, was auch die anderen anstreben; die Formel dafür ist das Glaubensbekenntnis, das er seinem Buche voraussteIlt, das Glaubensbekenntnis: »Le Rhin est la frontière républicaine de la France.« Diejenigen aber, die es angeht, die Belgier und die Holländer ebenso wie die Deutschen, mögen sich einmal auf einer historischen Karte ansehen, was zum ganzen Frankreich der ersten Republik alles gehört hat.

II. Die Zerstückelung des linken Rheinufers.

Theoretisch ist man sich nach dem Vorstehenden über das Schicksal des linken Rheinufers einig; sobald man nun aber dazu übergeht, die Erkenntnis zum mindesten auf dem Papier in die Praxis umzusetzen, so geht die Übereinstimmung in die Brüche. Soll das ganze Rheinufer französisch werden? Soll es mit Belgien geteilt werden, das sich um die Verteidigung Frankreichs so hohe Verdienste erworben hat und gleichfalls gallischen Blutes ist? Was soll aus Holland werden?

Nur eins steht in den darüber erschienenen Arbeiten fest: daß nämlich Elsaß-Lothringen in den Schoß der Republik zurückkehren muß. Eine Erörterung über diesen Punkt wird rundweg abgelehnt. „Kein einziger Franzose," schreibt Senator Henry Bérenger im „Matin" vom 17. Oktober 1916, „nicht der internationalste unter den Pazifisten widerspricht der Bedingung, daß Elsaß-Lothringen uns zurückgegeben . . . werden muß. Alle Erklärungen der sozialistischen Partei sind seit 1914 über diesen springenden Punkt einig: Wiederherstellung des 1870 verletzten Rechtes, Rückgabe der mit Gewalt entrissenen Provinzen und annektierten Volksstämme . . . Elsaß-Lothringen wird nicht als drückende Last auf das Herz des Vaterlandes fallen, sondern wie eine mächtig treibende Kraft für den nationalen Kreislauf."

Daß man nun in Elsaß-Lothringen einer Vereinigung mit Frankreich sehnsüchtig entgegensieht, wird von Überläufern wie Helmer, Wetterlé, Welschinger, Wickersheimer oder Flach immer wieder als nicht zu bezweifelnde Tatsache hingestellt; um so merkwürdiger berührt es da, wenn die Forderung gewisser Sozialisten, eine etwaige Einverleibung der heutigen Reichslande in die dritte Republik von einem Plebiszit abhängig zu machen, fast durchweg entschlossenen Widerspruch findet. Eine Umfrage, die das „Petit Journal" in dieser Richtung veranstaltete, ergab, daß eine ganze Reihe hervorragender Franzosen eine derartige Abstimmung als unannehmbar zurückwies; schon vorher hatte die „Libre Parole"

am 27. November 1915 erklärt, es hieße das Recht Frankreichs auf den Besitz Elsaß-Lothringens bestreiten, wolle man in eine Volksabstimmung einwilligen: kein wahrer Patriot denke so. Und Florent-Matter ließ im „Rappel" vom 12. Juni 1917 verlauten: „Wenn wir jetzt duldeten, daß in Elsaß-Lothringen eine Volksabstimmung vorgenommen wird, so würden wir damit den Frankfurter Friedensvertrag anerkennen. Das muß vermieden werden! Wir wissen ja so gut, wie sich die Bewohner der deutschen Reichslande danach sehnen, wieder Franzosen zu werden. Es ist allerdings richtig, daß ein Teil der Elsaß-Lothringer Deutsch spricht, aber dieses Deutsch ist eigentlich nicht die Sprache des Deutschen Reiches, sondern nur ein französischer Dialekt" (!).

Die gleiche Stimmung herrscht in der Buchliteratur. Der ungenannte Verfasser der Schrift »La paix que nous devons faire« (1915) bekennt, daß von einer Abstimmung nicht einen Augenblick die Rede sein könne (S. 28), Yves Guyot erklärt in seinem Buche: »Les causes et les conséquences de la guerre« (Paris 1915): „Die Frage erübrigt sich", Babelon schreibt wörtlich dasselbe (II 519), Joseph Reinach und Stephen Coubé setzen eine Abstimmung in Elsaß-Lothringen einer etwaigen Abstimmung in Lille oder St. Quentin gleich (Coubé S. 132 bis 133), Marmottan meint, er würde eine Abstimmung nicht anraten, das hieße, „sich in versteckter Form dem Zusammenbruch unserer berechtigten Forderungen auszusetzen" (S. 21), Henri Stein betont, 1871 sei ja auch nicht abgestimmt worden, General Malleterre spricht von der »Alsace-Lorraine indiscutable«, und de Grailly erklärt nervös, er sei zwar keineswegs ein grundsätzlicher Gegner von Abstimmungen, man könne aber nicht überall und jederzeit Plebiszite vornehmen, denn einerseits werde die wahrscheinliche Geteiltheit des Ausfalls den Widerstand der unterliegenden Minorität stärken (de Grailly rechnet also mit einem schlechten Ausfall des Plebiszits), und zweitens könne Elsaß-Lothringen überhaupt nicht frei über sein Schicksal verfügen, da sein Territorium geographisch unbedingt zu Frankreich gehöre. „Die Forderungen der territorialen Wahrheit können allein eine Annexion, die Folge

also von Grenzverschiebungen, die von einem Kriege hervorgerufen werden, legitimieren," fährt er salbungsvoll fort, „und zwar legitimieren sie sie a priori, weil die Annexion im vorliegenden Fall nur eine Wiedereinverleibung ist, die Wiederherstellung des Rechts, des allgemeinen Interesses und der Ordnung; a posteriori, weil sie die Aufsaugung, die spätere Rechtfertigung der Annexion, erleichtert. Auf diese Weise vollzieht die territoriale Wahrheit ihr Friedenswerk, indem sie die Bevölkerung nach dem Boden herüberzieht" (S. 354). Noch kategorischer erklärt Charles Maillard, Frankreich habe ja auch die Sklaverei abgeschafft, ohne die Sklaven um ihre Meinung zu fragen. Höchstens könne man den Abzug derjenigen Elemente gestatten, die durchaus deutsch bleiben möchten. Diese Maßregel will Louis de Launay in einen zwangsweisen Abtransport widerstrebender Elsässer verschärft sehen; sie würden enteignet werden, und das zu ihrem eigenen Besten; denn eine solche Härte schließe alle Gewissensnöte aus. „Es gibt keine Wahl mehr," meint de Launay, „die Notwendigkeit zwingt sich auf; sie ist schmerzlich, aber der Schmerz dauert nur einen Augenblick, und die Leiden, die sich daraus ergeben, pflanzen sich nicht von Generation zu Generation fort. Es ist wie ein Abszeß, den man mit der Lanzette aufsticht, statt daß man ihn in aller Stille sich entwickeln läßt."

Man sieht: Elsaß-Lothringen soll und muß französisch werden, das steht außer Zweifel. Aber weshalb? Ausschließlich wegen der erwähnten ethnographischen, geographischen und ethischen Gründe? Sind sie tatsächlich so stark, daß die Bevölkerung nicht einmal nach ihrem Willen befragt werden darf? Keineswegs! Ein großer Teil der vorliegenden Kriegszielschriften denkt denn auch weit weniger ideal: sie greift vor allem deshalb nach dem Reichslande, weil sie sich die Tatsache vergegenwärtigt, daß dieses jährlich 21 Millionen Tonnen Eisenerze, 335 000 Tonnen Salz, 47 000 Tonnen Petroleum, 100 000 Tonnen Web- und Wirkwaren hervorbringt, daß es das zweitgrößte Pottaschenlager der Erde enthält, daß sein Besitz die ostfranzösische Industrie verdoppeln müßte, während die deutsche Industrie einen schweren Schlag erleiden

würde. Diese Rücksichten vertritt beispielsweise Professor Léon Polier von der juristischen Fakultät der Universität Toulouse, der bereits Anfang 1915, als er im Auftrage der französischen Regierung in Madrid propagandistische Vorträge hielt, hervorhob, Elsaß-Lothringen werde Ostfrankreich zu einem unvergleichlichen Kraftzentrum ausgestalten. „Seit fünf Jahren bildete es ohnehin ein mächtiges Industriegebiet," erklärte er damals; „nach der Rückkehr der verlorenen Provinzen wird sich seine Wichtigkeit noch verdoppeln. Denn zunächst wird sich das unermeßliche Becken von Briey um das weite Erzlager vergrößern, das sich in der Richtung Metz—Diedenhofen in jenes Lothringen hinein verlängert, das uns zwangsweise zurückgegeben werden wird. Das bedeutet eine neue Eisenreserve von über einer Milliarde Tonnen. Die französische Vorherrschaft auf wirtschaftlichem Gebiet wird dadurch um so mehr verdeutlicht werden, als diese Rückerstattung zur gleichen Zeit einen unheilbaren Verlust für die deutsche Industrie bedeuten wird ..." Polier kam dann auf den Zuwachs an Kohlengruben zu sprechen, den Frankreich in der Gegend zwischen Diedenhofen und Forbach erfahren werde, stellte der Web- und Wirkindustrie um Epinal und Remiremont eine glänzende Zukunft in Aussicht, da sie sich durch die Webereien zwischen Colmar und Mülhausen verstärken werde, und endlich wies er auf das riesige Kalilager in der Gegend von Mülhausen hin, dessen Verlust die Monopolstellung des Deutschen Reiches auf diesem Gebiete vernichten werde. Als weitere Folge der Erwerbung von Elsaß-Lothringen rühmte er die Verbindung des ostfranzösischen Binnenlandes mit dem Meere, da der Durchbruch zum Rhein eine breite Wasserstraße erschließe und kraft internationaler Verträge allen Uferstaaten in gleicher Weise offenstehe. „Um diese Freiheit nicht nur auf dem Papier, sondern tatsächlich sicherzustellen," schloß er, „geben wir uns der Hoffnung hin, daß man alle Maßregeln treffen wird, um unser Straßburg zum großen Binnenhafen des europäischen Abendlandes auszugestalten." Daß die politische Entwicklung der Weltlage an diesen Träumen nichts geändert hat, beweist Louis de Launay, der noch Anfang 1917

triumphierte: „Morgen wird Frankreich die Gesamtheit des unermeßlichen lothringischen Erzlagers besitzen, und Deutschland, das uns einen Teil davon geraubt hatte, wird nichts mehr davon behalten. Wir werden auf Jahrhunderte hinaus Eisen haben — fast so viel, daß wir nicht wissen werden, was wir damit anfangen sollen, und Deutschland wird auf seinem eigenen Boden nicht mehr Rohmaterialien genug finden, um seine Hüttenwerke und die verschiedenen damit zusammenhängenden Bearbeitungsindustrien zu speisen, um das in all seinen Formen für seine Verteidigung unentbehrliche Eisen zu liefern. Ein Teil seines Ausfuhrhandels wird unterdrückt werden" (S. 210).

Es ist nun charakteristisch, daß die in den erwähnten Werken entwickelten wirtschaftlichen Zukunftsträume im Verein mit den imperialistischen Zielen im wesentlichen geschichtlich orientierter Schriftsteller die Kriegsziele der führenden französischen Bourgeoisie von vornherein so stark beeinflußt haben, daß sich nur ganz wenige Autoren mit der Erwerbung von Elsaß-Lothringen allein zufrieden geben. Leute wie Paul Margueritte, Charles Richet oder Ernest Denis tun es wohl, sie gelten aber auch für Pazifisten oder ideologische Kopfhänger; ihre Kollegen gehen in ihren Forderungen sämtlich weiter und fordern zum mindesten die Ausdehnung der französischen Ostgrenze bis zur Mosel. Auf diese Weise würde nämlich das Kohlengebiet an der Saar französisch werden, und das braucht man unbedingt, wenn man das Lothringer Erzbecken rationell abbauen will. „Es ist sehr reich," schreibt Professor Polier bereits 1915, „es gibt gegenwärtig 12 Millionen Tonnen Kohle her, und da es dem preußischen Staat gehört, würde sich der französische Staat mit seiner Annexion eine bedeutende Einnahmequelle eröffnen." Und da diese Art der Begründung recht egoistisch klingt, fährt er beschönigend fort: „Im übrigen wäre das nur eine Wiederherstellung. Tatsächlich gehörte die Saargegend mit Ausnahme einiger kleiner Enklaven zu unserem alten französischen Lothringen. Preußen, das damals sein Raubwerk begann und den Besitz der dort befindlichen Bergwerke anstrebte, nahm uns 1815

dieses Land weg, das ganz französisch ist, wo Saarlouis, die Vaterstadt des Marschalls Ney, mit lauter Stimme den Vorrang unserer Rechte verkündet, und wo ein großer Teil der Bevölkerung trotz eines Jahrhunderts preußischer Herrschaft noch heute in den Augen des erstaunten Reisenden durch seine Namen und seinen Typus von seinem unbestreitbar französischen Ursprung zeugt" (S. 56).

Soweit Professor Polier. Daß sein Berechtigungsnachweis hinkt, wird er vielleicht mittlerweile selber durchschaut haben, obwohl Professor de Launay noch 1917 die gleichen „Ansprüche" auf das Saarbecken erhoben und es gleichfalls als »vieille terre française« bezeichnet hat. Jedenfalls erübrigt es sich, den Marschall Ney als Kronzeugen für den „französischen Charakter des Saarbeckens" sprechen zu lassen, denn mit dieser Art von Logik könnte man schließlich auch Heidelberg und Dresden als französische Städte bezeichnen, weil dort der Marschall Schomberg und der Marschall Moritz von Sachsen zur Welt gekommen sind. Ebensowenig dürfte sich die Behauptung verteidigen lassen, das Saarrevier habe vor 1815 „zu unserem alten französischen Lothringen gehört". Seit Menschengedenken steht es nämlich fest, daß das Saarrevier in Sprache und Kultur deutsch gewesen ist, und wenn es auch staatlich zum Herzogtum Lothringen gehört hat, so ist es doch von jeher als „Deutsch-Lothringen" bezeichnet worden, ein Name, der keineswegs von „alldeutschen Pedanten", sondern gerade von den Franzosen erfunden worden ist. Das Herzogtum Lothringen zerfiel bereits im 13. Jahrhundert in drei Verwaltungsbezirke, deren östlichster, der im wesentlichen das Saargebiet umfaßte, als »bailliage d'Allemagne« bezeichnet wurde; seine Hauptstadt war Wallerfangen bei Saarlouis, das bekanntlich erst 1680 gegründet wurde. Den Ausdruck »Lorraine Allemande« trifft man in zahlreichen lothringischen Schriftstücken; er findet sich in einer Reiserelation des Burgunders Claude Joly von 1674, er taucht in einer Denkschrift des Intendanten Vaubourg des Marêts von 1697 auf, er kehrt in einem gleichzeitigen Memorandum des Intendanten Turgot wieder, er wird zur Zeit des Königs Stanislaus in einem

Schriftstück des Intendanten Barberie de St. Contest gebraucht, hier ausdrücklich mit der Erklärung, daß man darunter die Herrschaften (prevotez) längs der Saar verstehe. — Die französischen Beamten, die zur Zeit des Königs Stanislaus in Lothringen einzogen, berichten gleichfalls über das Bestehen eines Deutsch-Lothringen genannten Gebietes nach Hause, Piganiol de la Force wiederholt die Bezeichnung in seinem 1753/54 erschienenen Werke »La Nouvelle Description de la France«, und Durival unterscheidet im ersten Bande seiner 1779 in Nancy herausgekommenen »Description de la Lorraine et du Barrois« gleichfalls drei lothringensche Landschaften, wobei er Deutsch-Lothringen mit den Worten umgrenzt: „Deutsch-Lothringen berührt im Osten das Nieder-Elsaß, im Norden das Herzogtum Zweibrücken, die Pfalz und das Triersche, das Metzerland begrenzt es im Westen und das eigentliche Lothringen im Süden." Die gleiche Bezeichnung trägt die 1784 herausgegebene Karte von Delamarche, sie wird in einem 1803 vom Präfekten Colchen herausgegebenen »Mémoire statistique du département de la Moselle« gebraucht und kehrt schließlich in einem zwei Jahre später erschienenen, von seinem Nancyer Kollegen Marquis herausgegebenen »Mémoire statistique du département de la Meurthe« wieder. Professor Polier hat also wirklich kein Glück, wenn er seinen ahnungslosen Lesern weismachen will, daß das Saargebiet alter französischer Boden ist. Es gehört nachweislich seit 700 Jahren zu „Deutsch-Lothringen", und diesen Namen trägt es nicht umsonst, hat doch ein französischer Beamter der napoleonischen Zeit, der eben erwähnte Präfekt Marquis, aus eigener Erfahrung berichtet, daß im Nordostteil seines Departements „alle Einwohner von deutscher Rasse sind", daß die „deutsche Sprache noch immer die einzige ist, die man auf dem Lande spricht", und daß „die Sitten wie die Gebräuche in dieser Gegend den Stempel ihrer Herkunft mit ganzer Kraft bewahrt haben".

Nichtsdestoweniger steht Professor Polier mit seiner Forderung nach dem Saarbecken durchaus nicht allein da; der Archivar Henri Stein, der Generalkonsul Biard d'Aunet,

der Geograph Vidal de la Blache und der General Malleterre haben die gleiche Losung ausgegeben, und namhafte Wirtschaftspolitiker haben ihr unumwunden zugestimmt. So Henri Lorin in seiner vorher in der „Petite Gironde“ abgedruckten Artikelsammlung »La paix que nous voudrons« (S. 8); so André Lebon, der ehemalige Kolonialminister, Präsident der Algerischen Bodenkreditbank und Mitglied der Suez-Kanal-Gesellschaft, der von der Höhe seiner Autorität herab die Gewinnung des Saarreviers im „Temps“ vom 31. Oktober 1916 als „zwingende wirtschaftliche und politische Notwendigkeit für Frankreich und die ganze Welt“ bezeichnet hat; so Georges Blondel, der in seinem Buch »La dernière étape; la paix qu'il nous faut« ausdrücklich den südlichen Teil der Pfalz und das Tal der Saar bis zur Einmündung in die Mosel fordert (S. 144); so Maurice Alfassa in seiner ausführlichen Spezialstudie »Le fer et le charbon lorrains«; so Arthur Chervin in seinem Werk »L'Allemagne de demain« (S. 143); so Maurice Ajam in der „Information“ vom 15. September 1915; so vor allem Fernand Engerand, der Deputierte von Calvados, der in Büchern und Aufsätzen immer wieder das gleiche Ziel gewiesen hat. „Die ganze Saargegend“, schrieb er noch kürzlich („Echo de Paris“ vom 17. Februar 1917), „ist 1648 im Westfälischen Frieden zu Frankreich geschlagen worden; 1697, im Frieden von Ryswick trat Ludwig XIV. Saarbrücken und das rechte Saarufer an den Fürsten von Nassau wieder ab ... Aber wenn Saarbrücken und Umgebung damals auch nicht politisch französisch waren, im Herzen waren sie es doch ... Erst die französische Saar ist das ganze Lothringen!“

Engerand unterstützt also gleichfalls die Ansprüche auf das Saarbecken; was ihn von seinen Kollegen abhebt, ist die Tatsache, daß sein Vaterland noch größer sein muß; in seinem Buche »L'Allemagne et le Fer. Les frontières lorraines et la force allemande« (Paris 1916) fordert er nicht nur das Saargebiet, sondern auch die Pfalz und die Rheinlande bis zur Mosel. Engerand adoptiert dabei einen Gedanken, der seit den ersten Monaten des Krieges auch noch von an-

dern Kriegszielschriftstellern seiner Schicht verfochten wird: die Aufteilung des deutschen linken Rheinufers zwischen Frankreich und Belgien. Daß das letztere beteiligt werden soll, wird nach außen hin mit der Erwägung gerechtfertigt, daß es für seine opferreiche „Neutralität" entschädigt werden müsse; weiterhin wird geltend gemacht, daß es gleichfalls ein gallischer Staat sei und der Erbe des alten Herzogtums Burgund; es dürfe infolgedessen mit demselben Recht nach der Rheingrenze streben wie der große französische Bruder. Der eigentliche Grund zu dieser Großmut wird freilich meistens vertuscht; er lautet dahin, daß man sich allein die Verdauung der genannten Gebiete diesseits des Rheins nicht zutraut. Der Verfasser der Flugschrift »La paix que nous devons faire« (S. 30—31) gibt das ganz offen zu. Andererseits hofft man wohl, die belgische Regierung durch Beteiligung am Raube derartig an Frankreich zu fesseln, daß sie in Zukunft nicht mehr in der Lage ist, eine selbständige Politik zu treiben. Mit dieser Absicht würde jedenfalls die von dem Belgier Camille Mauclair in der „Dépêche de Toulouse" vom 24. Juli 1916 geäußerte Annahme zusammenstimmen, daß Belgien nach dem Kriege, obwohl souverän, dennoch die ständige Verteidigungszone der französisch-englischen Heere bilden werde; zu dieser Absicht würde ferner der von verschiedenen Seiten vorgebrachte Plan passen, nach dem Kriege einen französisch-belgisch-holländischen Bund zu bilden. Auf dieses Projekt wird weiter unten zurückzukommen sein. Hier nur so viel, daß der größte Teil der französischen Kriegszielpublizisten dafür eintritt, Belgien die Rheinlande von der Mosel bis an die holländische Grenze hinauf zu überlassen. Oberst Biottot wünscht dafür die Abtretung von Belgisch-Luxemburg (Biottot S. 77; vgl. ferner Dr. Casset S. 17, de Mauni S. 14, Privat S. 43, Dupuy S. 15, Lorin S. 3). Angemerkt sei dabei, daß eine Gruppe belgischer Imperialisten — Leute wie de Brocqueville, Neuray, Maurice des Ombiaux, Massart u. a. — zur Übernahme der ihnen von französischer Seite zugedachten Rolle bereit ist; ihr Organ ist das »Vingtième Siècle«.

Die französische Seite des Planes ist nun von bürgerlichen Publizisten aller Schattierungen befürwortet worden: zum erstenmal wohl durch eine bereits Ende 1914 bei Charles Pételot in Fontenay-le-Comte verlegte Flugschrift, die den Titel »Le traité de paix du . . . . 1915« führt und, wie aus der Unterschrift der beigefügten Karte hervorgeht, aus der Feder eines Herrn F. J. Denis herrührt. Dem Verfasser der gleichfalls anonym erschienenen Kriegszielbroschüre »Ce que sera la paix de demain« dürfte dieselbe Lösung vorschweben, wenn er auch im unklaren ist, ob Frankreich nicht doch über die Mosel hinausstreben und zum mindesten das Rheinufer bis Bonn, also das Gebiet des napoleonischen Departements Rhin-et-Moselle annektieren soll. »La paix que nous devons faire« stellt die Annektion der Rheinpfalz, Rheinhessens, des Herzogtums Birkenfeld und der Rheinprovinz bis zu einer von der Nordspitze des Großherzogtums Luxemburg bis nördlich Coblenz gezogenen Linie als Mindestforderung auf; die französisch-belgische Grenze soll nach ihrem Plane durch die Wasserscheide der Eifel und durch die Ahr gebildet werden. (Vgl. dazu Karte 1.) Derselbe Plan findet sich bei Enée Bouloc, Armand Richter, Franck Chauveau, Maurice Privat, Dr. Casset und Hauptmann de Mauni. Auch der ehemalige Ministerpräsident Charles Dupuy träumt von der Rhein-Mosel-Grenze; er rechnet darauf, die Einsetzung eines französischen Präfekten in Coblenz noch zu erleben. René Bazin verkündet im „Echo de Paris" vom 25. Februar 1915: „Die linksrheinischen Gebiete sind sämtlich uns bestimmt. Wenn uns Elsaß und Lothringen von Natur gehören, so sind wir auch zum Besitz der Pfalz berechtigt, die eine Fortsetzung des heutigen Reichslandes bildet. Ein Frankreich, das sich im Norden bis zur Mosel erstreckte, Landau, Speier, Mainz, Trier einbezöge und längs des Rheins von einem vergrößerten Belgien fortgesetzt würde, hätte nach diesem Kriege, der die Karte Europas umgestalten wird, nichts Unnatürliches, und ebensowenig würde sich ein geographischer Widersinn ergeben." — Der eigentliche Apostel der Rhein-Moselgrenze beziehungsweise Rhein-Eifel-Ahrgrenze ist aber Bazins Freund Maurice

Barrès, der Dichter der lothringischen Romane »Colette Baudoche« und »Au service de l'Allemagne«, der als Präsident der Patriotenliga, als Mitglied der Académie française und als Deputierter von Paris eine politische Macht darstellt. Er schreibt im „Echo de Paris" vom 26. Februar 1915, und seine 1916 erschienene Artikelsammlung »L'âme française et la guerre« gibt seine Ausführungen im ganzen Umfange wieder: „Man kann nicht bei der systematisch geschwächten Grenze von 1815 stehen bleiben. Das mindeste, was man fordern müßte, wäre die Grenze von 1789 mit Landau und Saarlouis, einer Schöpfung Ludwigs XIV., der Vaterstadt des Marschalls Ney. Und darüber hinaus springt es in die Augen, daß man dem preußischen Staate nicht das Saarkohlenbecken lassen dürfte, dessen zehn oder fünfzehn Millionen Tonnen unsere eigene Kohlenerzeugung und unseren eigenen Kohlenverbrauch ins Gleichgewicht bringen würden. — Sobald man aber die Notwendigkeit anerkennt, vorübergehend abtrünnige Bevölkerungsmassen und die Stadt Saarbrücken einzuverleiben, die in der Gegend nördlich (?) der Mosel am wichtigsten ist, wäre es lächerlich, nicht eine rationelle, leicht zu verteidigende Grenze zu fordern, die im Falle eines zukünftigen Krieges Lothringen schirmartig beschützen würde" (S. 345). Die von Barrès geleitete Patriotenliga gibt gleichzeitig die Losung aus: „Keine deutsche Landeshoheit auf dem linken Rheinufer! Wir werden dort alles in Übereinstimmung mit Belgien organisieren, dessen Brüderlichkeit uns unendlich wertvoll ist" (Delaire XIII). Die Werbepostkarte, die sie verbreitet, zeigt die französischen Grenzen bis zur Ahrmündung vorgerückt. Alexis Delaire, der in seinem Werke »Au lendemain de la victoire« Barrès und die Patriotenliga beifällig zitiert, stimmt ebenfalls für eine von der Eifel-Ahrlinie ausgehende Aufteilung des Rheinufers zwischen Frankreich und Belgien (S. 116). Dieselbe Forderung vertritt Dontenville in seiner Kriegszielschrift: »Après la guerre. Les Allemagnes, la France, la Belgique et la Hollande« (Paris 1915). Allerdings hat Dontenville nicht übel Lust, die Annexion der gesamten Rheingrenze zu befürworten; sollten die Belgier eine Abrundung

ihres Gebietes „aus Bescheidenheit“ ablehnen, meint er, so wäre Frankreich verpflichtet, „sich als alleiniger Herr in den Landen diesseits des Rheins einzunisten, aus denen die Germanen, komme was wolle, vollkommen und endgültig verjagt werden werden“ (S. 36). Auf denselben Standpunkt stellt sich der Abbé Stephen Coubé (S. 6, 161, 163). André Sardous Broschüre »L'indépendance européenne; étude sur les conditions de la paix« (Paris 1915) fordert ebenfalls die Eifel-Rheingrenze als Mindestresultat dieses Krieges. Albert de Pouvourville erklärt, die Moselgrenze und die Rheingrenze seien unbedingt notwendig: „Für einen guten Franzosen ist es unmöglich, in einem dieser beiden Punkte auch nur um Haaresbreite nachzugeben.“ Und dann zählt er her, „was einst dem elsässischen Lande willkürlich entrissen wurde, um die bayerische Pfalz abzurunden: Zweibrücken, das der Sitz eines Duodezhofes war, Pirmasens und Wolmünster und Bergzabern, die Heimat der Finkenjäger; und Klingenmünster, die Schöpfung des Königs Dagobert; und Annweiler, wo Rom ein Verteidigungslager unterhielt; und Madenburg, das einen Augenblick den Kurfürsten (!) von Speier gehörte; und der erlauchte Trifels, wo Richard Löwenherz gefangen saß und von wo Heinrich VI. auszog, um nach Canossa (!) zu gehen; und ‚Klein-Frankreich‘, die Turmruine, die Hans Trapp gehörte, dem rheinischen Kinderschreck; und Dahn, das dreifache Städtchen auf seinem dreifachen Felsen; und Landau. Besonders Landau .... Aber neben diesen Wiedereinverleibungen, die uns schuldig sind, gibt es auch noch Bürgschaften, die wir fordern können: Germersheim, die alte Festung, die den Eintritt in die Pfalz verwehrte; dazu der Rhein gegenüber Speier, Mannheim, Worms, Mainz und Bingen, der Rhein bis zum steilen Grad des Hundsrück und des Taunus, bis zum rechten Moselufer; das Tal der Glan, der Nahe und das Becken von Kreuznach. Mindestens!“ (S. 335/336.) Kann sich die Absicht der Annexion deutschen Gebiets deutlicher selbst enthüllen als in diesen Sätzen, in denen sämtliche aufgezählte Ortsnamen deutsch sind?! — Als jüngster Vertreter der Barrèsschen Schule fordert F. de Grailly

die Wasserscheide der Eifel und die Ahr als Grenze; das jenseits liegende deutsche Gebiet auf dem linken Rheinufer wird belgisch, das diesseits liegende französisch.

Die administrative Zukunft, die für das auf diesem Wege gewonnene „Neu-Elsaß" und „Neu-Lothringen" ins Auge gefaßt wird, frischt größtenteils die napoleonische Einteilung in drei Departements mit Präfekten in Trier, Mainz und Coblenz wieder auf. Eine Spezialidee äußert nur der eben erwähnte Herr de Grailly, der bezeichnenderweise an römischen Reminiszenzen krankt und infolgedessen »Gaule première« und »Gaule seconde« oder »Francie première« und »Francie seconde« vorschlägt. (Vor ihm hatte Coubé die bezeichnenden Namen »Austrasie« oder »France ripuaire« ausgeheckt.) Herr de Grailly will auch nicht, und das ist gleichfalls bezeichnend, die französischen Gebiete ohne weiteres in den französischen Staatskörper einverleiben. „Obwohl unsere wiedergefundenen Landsleute," schreibt er, „uns im Grunde genommen geistig und sittlich sehr nahe stehen, so wird doch diese Tatsache möglicherweise nicht von vornherein in ihrem ganzen Umfange zutage treten, weil ihnen gewisse belanglose Lebensformen und kleine Gewohnheiten eigen sind, besonders aber, weil zwischen ihrem und unserem politisch-administrativen Leben unvermeidliche Unterschiede bestehen" (S. 340). Er stimmt daher für eine »adoption progressive« der annektierten Landstrecken an Frankreich, die unter enger Mitarbeit der Lokalbehörden durch einen Generalresidenten durchgeführt werden solle. — Der Verfasser der Schrift »La paix que nous devons faire« will die Neuerwerbungen zwischen Eifel und Elsaß vorläufig einem Militär-Gouvernement unterstellt wissen, das mit Hilfe des Belagerungszustandes regieren würde; sofort nach der Besetzung (man bemerke die Feinheit!) soll unter dem „Schutz" der französischen Bajonette eine Abstimmung über den Anschluß an Frankreich erfolgen; die sich Sträubenden werden umgehend zur Auswanderung gezwungen. Die Festungen Mainz und Coblenz werden dauernd der Zivilgewalt entzogen, um fortan ein unerschütterliches Bollwerk der Republik gegen Osten zu bilden. Berücksichtigt man

dabei, daß die deutschen Heere noch immer in Frankreich stehen und die Franzosen trotz Engländern und Amerikanern nicht einmal Metz in ihre Gewalt bekommen haben, so dünken seine Ausführungen erbaulich. — André Sardou lehnt gleichfalls ab, in den Friedensverhandlungen irgendwelche Verbindlichkeiten hinsichtlich der Behandlung der Eingeborenen in den von Frankreich oder seinen Verbündeten annektierten Gebieten einzugehen. Man müsse unzweifelhaft für diese neuen Länder eine vorläufige Militärverwaltung und den Belagerungszustand vorsehen, schreibt er. Eine sehr kurze Frist werde den Einwohnern gelassen werden, um zu erklären, ob sie die französische Nationalität annehmen wollen oder nicht; die letzteren würden gezwungen werden, das Land zu verlassen. Bezeichnend ist übrigens, daß Marmottan von einer Abstimmung in der Pfalz überhaupt nichts wissen will: „Heutzutage die Anwendung des Plebiszits auf die Pfalz zu verlangen, heißt, sich der sicheren Gefahr auszusetzen, daß Frankreich in jenem Landstrich nicht die geringste Mehrheit erhält“, schreibt er (S. 20). „Veritatis aeternum jus. Niemals hat es sich weniger als heute darum gehandelt, den Krieg oder die Diplomatie im Geiste der galanten Zeit zu handhaben. Das Wort gehört nicht den Kasuisten, sondern der männlichen Energie eines Volkes, das sich endlich erhebt!“

So findet die bedingungslose Vorschiebung der französischen Grenze bis an die Mosel oder Ahr in der Kriegszielpublizistik der französischen Bourgeoisie eine Anhängerschaft, die sowohl zahlenmäßig wie in Rücksicht auf ihre innere Bedeutung als ausschlaggebend betrachtet werden kann. Immerhin vertritt sie noch lange nicht die Höhe annexionistischer Begehrlichkeit, und in der Tat ist nicht abzusehen, weshalb man nicht B sagen soll, wenn man erst einmal A gesagt hat. Als Führer dieser Schule darf Onésime Reclus gelten, der 1914 und 1916 zwei aufsehenerregende Broschüren veröffentlichte, deren Titel — »L'Allemagne en morceaux. Paix draconienne« und »Le Rhin français. Annexion de la rive gauche. Sa moralité, sa necessité, ses avantages« — allein ein Programm bedeuten. Reclus will von einer Beteili-

gung der Belgier nichts wissen, jedenfalls meint er mit liebenswürdiger Anzüglichkeit, es liege kaum in ihrem Interesse, wenn sie den Nationalitätenhader in ihrem Hause durch Hinzunahme deutscher Bevölkerungsteile noch vermehrten; sie sollten in Afrika entschädigt werden (»L'Allemagne en morceaux«, S. 30 f.). Die ganze linksrheinische Rheinprovinz müsse dafür an Frankreich fallen, und zwar zunächst in Form eines Protektorats (Le Rhin français, S. 71 f.). Frankreich werde zwischen der holländischen und elsässischen Grenze genau so verfahren wie seinerzeit in Marokko; überall würden französische Schulen errichtet werden — Reclus denkt dabei wohl an die gewaltsame Schulpolitik des Julikönigtums und des zweiten Kaiserreichs in Elsaß-Lothringen —, und da es der Rheinländer im übrigen mit dem Grundsatz »Ubi bene, ibi patria« halte, so werde die „Tunesifikation" der neuen Erwerbung in absehbarer Zeit eine Tatsache sein (Le Rhin français, S. 71 f.). An ein französisches Protektorat denkt auch der Volkswirtschaftler Chervin: das ganze Land wir nach seinem Vorschlage von Frankreich besetzt, das dauernd die Polizeigewalt ausübt; nach einer gewissen Zeit, „wenn die Zeit ihr Werk getan hat", wird die Bevölkerung möglicherweise ihre Einverleibung beantragen; diesem Wunsch wird Frankreich stattgeben. Wird er nicht geäußert, so läuft das Protektorat weiter (S. 30/31). Major Espérandieu, der die aus dem Jahre 1797 stammenden, unter Hoches Bajonetten angefertigten Bittschriften der vier linksrheinischen Departements um Einverleibung in die französische Republik ausgräbt, stimmt gleichfalls für eine Annexion des gesamten linken Rheinufers bis zur holländischen Grenze. (Vgl. Karte 2.) Paul Marmottan unterstützt die Forderung nach dem gesamten linken Rheinufer durch den Hinweis auf die zwanzig Jahre, in denen dieses mit Frankreich vereinigt gewesen sei, „und indem wir diesem gerechtfertigten Anspruch Ausdruck verleihen", betont er dabei, „ergreifen wir die sich bietende einzigartige Gelegenheit, unseren wahren Rang in Europa wieder einzunehmen". Louis Dimier annektiert das linke Rheinufer bis Krefeld, den Belgiern läßt er nur das

Hinterland von der Maas bis zur Mosel mit der Hauptstadt Aachen. Sein Meister Charles Maurras will nicht einmal Aachen Belgien lassen, träumt er doch von nichts Geringerem als von der Wiederherstellung des Karolingerreiches. „Muß das Reich Karls des Großen vergessen werden?" schreibt er darüber in der „Action française" vom 23. Oktober 1916, „muß alle Hoffnung auf die Rückkehr der regelrechten Ausnutzung der rheinischen Hilfs- und Unterstützungskräfte in unserer alten Monarchie aufgegeben werden? Seit zwanzig Jahrhunderten ist der Zug nach dem Rhein einer der Pole der französischen Geschichte gewesen. Wird er verschwinden?" Dr. Casset würde am liebsten das ganze linke Rheinufer französisch werden lassen; in diesem Falle würde er die gesamte deutsche Zivilbevölkerung auf das rechte Rheinufer abschieben; ihr Grundeigentum würde dann dem französischen Staat anheimfallen (S. 13). Charles Maillard — anscheinend ein bürgerlicher Schriftsteller, der sich als radikaler Sozialist gebärdet, um linksstehende Kreise zu annexionistischen Gedankengängen zu bekehren — greift gleichfalls nach dem ganzen Rheinufer; seine Besetzung sei in materieller Hinsicht ein unerheblicher Gewinn (!), wenn man sie aber unter dem Gesichtspunkt des Rechts und des Dauerfriedens betrachte, so wirke sie grandios (S. 58). Auch er will die Bevölkerung zwingen, nach Austreibung der an ihrer Muttersprache festhaltenden Elemente die französische Sprache anzunehmen. „Zwingen wir sie nicht auch den Arabern, den Anamiten, den Madegassen, den afrikanischen Negern auf, die durch diesen Kanal zu unserer Kultur herangeführt werden, ohne daß wir ihnen deshalb die Sprache ihrer Ahnen untersagen? Warum sollten die Teutonen, die tief unter all diesen Völkern stehen, sanfter angefaßt werden? Sie werden berechtigt sein, neben dem offiziellen Französisch ihre eigene Sprache zu reden. Was ist daran so schrecklich?"

In der Tat, was ist daran so schrecklich? Wenn nur der Zweck des Ententefriedens erreicht wird! Und den hat André Sardou längst in die nach diesen Expektorationen doppelt eindrucksvollen Worte zusammengefaßt: „Wir wollen,

daß uns der Sieg die Loslösung, die Freiheit der Völker gestattet, die Abstellung geschichtlicher Irrtümer und alter Ungerechtigkeiten, die durch die Verachtung der nationalen Bestrebungen von Völkern erzeugt worden sind, die dem schmachvollen Recht des Stärkeren unterworfen waren."

Eine andere Gruppe französischer Kriegszielpolitiker sucht das Problem durch Errichtung eines autonomen Pufferstaates am linken Rheinufer zu lösen. Diese Strömung spiegelt sich am klarsten in den Schriften und Aufsätzen von Aulard, Dhur, Cambon, Blondel und Guyot wieder. Was vorderhand Aulard anlangt, so hat er in einem Vortrage am 7. März 1915 von den Rheinländern erklärt: „Sie werden nicht wider ihren Willen französisch werden, wir werden sie aber jeder Autorität Preußens entziehen; wir werden sie verhindern, sich gegen uns zu rüsten; wir werden sie neutralisieren, wir werden daraus, wie man sagt, Pufferstaaten bilden, werden der Neigung dieser Völker zur Freiheit und zur Autonomie entgegenkommen; durch die Beständigkeit einer guten Nachbarschaft werden wir ihnen Geschmack am Frieden einflößen; jawohl, wir werden sie dazu zwingen, den Frieden zu lieben, in Frieden zu leben; wir werden ihnen das Kriegführen untersagen und die Mittel zum Kriegführen entziehen. Eine rheinische Republik in einem System beschützter Neutralität läßt sich sehr wohl vorstellen" (S. 29/30). In prosaischeren Wendungen ausgedrückt, träumt Aulard von einem wehrlos gemachten, jeder Teilnahme an der Außenpolitik beraubten Staatsgebilde am linken Rheinufer, das in dieser Gestalt selbstverständlich dem unbeschränkten Einfluß Frankreichs ausgeliefert sein würde. Das gleiche Programm bespricht der für unabhängig geltende Journalist Jacques Dhur im „Eveil" vom 6. Dezember 1916. „Warum soll man nicht aus Rhein-Preußen eine neutrale Zone machen, deren militärische Oberaufsicht selbstverständlich Frankreich zufallen würde?" fragt er da. Denselben Standpunkt nimmt der bekannte Volkswirtschaftler Victor Cambon in der „Victoire" vom 30. Januar 1917 ein. An einen Pufferstaat denkt wohl auch die Redaktion des „Oeuvre", wenn sie am 21. Mai 1917 verlauten läßt:

„Einzig möglich ist die Aufsicht Frankreichs über die Rheinprovinzen.“ Yves Guyot (La Province Rhénane et la Westphalie, Paris 1915) will die Rheinprovinzen mit Westfalen verbinden: „Diese beiden Provinzen“, schreibt er (S. 141), „müssen einen neutralen Staat unter dem Schutz der Alliierten bilden.“ Etwas weiter als die eben zitierten Kriegszielschriftsteller gehen Edouard Driault und Ernest Babelon; beide befürworten gleichfalls die Errichtung eines Pufferstaates auf dem linken Rheinufer, fordern jedoch darüber hinaus die Schaffung einer sogenannten Barrierelinie (Driault S. 149 f.; Babelon II S. XIX, 520). Frankreich solle eine Kette von Festungen am Rheinufer zugestanden werden: Wesel, Köln, Coblenz, Mainz und Trier würden dann einen festen Gürtel bilden, der den Rhein zu einem tatsächlichen Bollwerk gegen Osten gestalten würde. Die linksrheinische Ebene müßte gleichfalls unter französische Kontrolle gelangen (Driault S. 153).

Daß es Driault mit diesen Forderungen ehrlich meint, daß hinter seiner hermetisch abgesperrten, zum Überfluß auch noch von England garantierten linksrheinischen Republik tatsächlich keine „Cisrhenanische Republik“ à la Hoche steckt, die bekanntlich nur eine Vorstufe für die Einverleibung des schönen Landes in Frankreich bedeutete, daß es nicht etwa auf die „Tunesifikation“ abgesehen ist, die oben als das Ziel des greisen Onésime Reclus erwähnt wurde, das alles mag ihm zunächst aufs Wort geglaubt werden. Aber auch nur zunächst. Denn Driault ist nicht nur der Mann, der die Rheingrenze als eine außen- und innerpolitische Notwendigkeit für die dritte Republik bezeichnet hat, er hat auch als einer der ersten in der Öffentlichkeit den Gedanken vertreten, der Krieg müsse Frankreich neben Elsaß-Lothringen, dem Saarbecken und dem mittelbaren oder unmittelbaren Besitz des linken Rheinufers auch ein Bündnis mit Belgien, Holland und Luxemburg einbringen; ein Bündnis, das die drei genannten Staaten angeblich in ein kollegiales Verhältnis zu Frankreich bringen, in Wirklichkeit jedoch zu Vasallen der dritten Republik herabwürdigen würde. Driault hat in dieser Beziehung ganz offen geäußert: „Wie in den Zeiten des alten Königtums werden Belgien —

durch seinen moralischen Wert fortan so groß! —, Luxemburg und das Rheinland Hoches (!) durch die Gemeinsamkeit ihrer Rasse und ihrer Kultur, in der Achtung ihrer Freiheiten und in den Arbeiten des Friedens allmählich miteinander vergesellschaftet, Pufferstaaten im französischen Vorlande bilden, Bollwerke der westlichen Freiheiten, die von Frankreich und England aufrechterhalten werden werden: wir würden sagen: als französische Ostmark, wenn dieser Ausdruck nicht so kriegerisch klänge; wir sagen also nur: als Staaten, die mit dem neuen Frankreich verbündet und befreundet sind" (S. 157). Babelon will auch noch die Schweiz in den neuen Rheinbund einbeziehen; er soll angeblich Verteidigungszwecken dienen (Bd. II S. XX), in Wirklichkeit aber „auf welche Art es auch sei, die Vorherrschaft auf dem ganzen linken Rheinufer sichern (Bd. II S. XIX)." Noch deutlicher hat sich ein dritter Historiker, der Professor Dontenville, ausgesprochen, der an eine »Association des États de la région gauloise« denkt und Holland deshalb in seinen Plan miteinbezieht, weil es vom Delta des Rheins durchflossen wird und weil dieser „bekanntlich" nur gallisches Land durchströmt. — Der Zweck des Bundes soll nach Dontenville halb militärisch und halb wirtschaftlich sein: „Überhaupt würde die Souveränität der drei vertragschließenden Staaten unangetastet bleiben, und keiner würde ohne seine vollste Zustimmung mit dem andern verknüpft werden." In militärischer Hinsicht werde der Bund rein defensive Zwecke verfolgen: „Sollte das System gewisse Nachteile mit sich bringen, so würden diese durch weit höhere Vorzüge ausgeglichen werden" (S. 51). Und da diese „Vorzüge" namentlich für Holland mit der Lupe zu suchen sind, so setzt er brüsk hinzu: „Im übrigen haben wir uns hier um Einzelfragen nicht zu kümmern. Die Anwendung des an sich vortrefflichen Gedankens wird von den zuständigen Fachleuten sorgfältig geprüft werden ... Einigkeit macht stark, lautet der Wahlspruch unserer belgischen Freunde. Das von ihnen und von uns auf den gleichen Schlachtfeldern gemeinsam vergossene Blut besiegelt das kostbare Bündnis zwischen den beiden Völkern, das der Vollendung ihrer Geschichte

so nützlich ist. Andererseits hoffen wir, daß die Niederländer, die durch ihren gesunden Menschenverstand so bemerkenswert sind, ihr politischer Scharfsinn veranlassen wird, in eine hervorragend friedliche Liga einzutreten, die ausschließlich auf den wirksamen Schutz und die normale Entwicklung seiner Glieder hinstrebt" (S. 52). Noch offener ist Bouloc, der rundweg erklärt, der ganze Rhein gehöre Frankreich, er sollte von Rechts wegen überhaupt sein Eigentum sein, und dies nicht etwa nur bis zur holländischen Grenze, sondern „bis zur Mündung" (S. 162). Dimier läßt Holland am deutschen Raube teilnehmen. Natürlich soll Holland dafür, wie es schon mit Belgien der Fall war, einerseits geblendet und andererseits auf Gedeih und Verderb mit Frankreich zusammengeschmiedet werden. Daß die französische Bourgeoisie dabei aber nur ihre eigenen Interessen im Auge hat, verrät der wiederholt — so z. B. bei Dr. Casset, bei Hauptmann de Mauni, bei Alexis Delaire, bei Oberst Biottot — auftauchende Vorschlag, Holland die Scheldemündung mit Walcheren, Beveland und Middelburg zu entreißen. „Die Scheldemündung ist für Belgien eine Lebensfrage," bemerkt Dontenville dazu (S. 49), „die Mündung dieses Stromes ist Holland belassen worden, als sich beide Staaten voneinander trennten. Nun ist aber an diesem Meeresarme Antwerpen erbaut, ein befestigtes Lager erster Ordnung, der Hauptausfuhrplatz Belgiens, einer der tätigsten und blühendsten Häfen des europäischen Festlandes. Es kann mit dem Meer allein durch die niederländischen Gewässer kommunizieren und steht auf diese Weise unter einer beständigen Blockadedrohung. Dieser absurden Sachlage muß ein Ende gemacht werden. Es muß ihm zum Nutzen seiner Besitzer die volle und ganze Freiheit der Zufahrt und Abfahrt in Kriegs- wie in Friedenszeiten gesichert werden. Das einzige Mittel zur Erreichung dieses Zieles besteht in der Aufgabe der Mündungsarme der Schelde einschließlich der darin liegenden seeländischen Inseln durch die Niederlande."

Ergänzt man nun diese Forderung durch einen Blick auf das Luxemburg zugedachte Schicksal, so wird der wahre Cha-

rakter des in den französischen Kriegszielschriften aller Schattierungen herumspukenden „gallischen Bundes" vollends aufgedeckt. Luxemburg soll nämlich nach der Mehrzahl der darüber vorliegenden Stimmen seiner Selbständigkeit beraubt werden: Dontenville erinnert geradezu daran, daß es unter dem Namen »Département des Forêts« schon einmal zu Frankreich gehört habe. „Es ist niemals wirklich neutral gewesen", behauptet er (S. 45). Dasselbe Ziel verkündet Onésime Reclus in seiner Schrift »L'Allemagne en morceaux« (S. 24). Dr. Casset und Abbé Coubé sind sich nur darüber unklar, ob das Großherzogtum gleich eingesteckt oder zunächst ein französisches „Protektorat" werden soll (Dr. Casset S. 21; Coubé S. 177). Denis, »La paix que nous devons faire«, Delaire, Marmottan, Paul Louis stimmen für Einverleibung in Belgien. Lorin würde diese Lösung „gern sehen". Dimier und Pouvourville schwanken zwischen beiden Möglichkeiten, sind aber gleichfalls mit der Vernichtung des Großherzogtums einverstanden. Malleterre bringt ein französisch-belgisches Kondominium über Luxemburg in Vorschlag; ein Referendum werde dem Großherzogtum die Möglichkeit bieten, seine Selbständigkeit zu wahren oder sich dauernd den beiden Schutzmächten anzuschließen; jedenfalls werde es der französisch-belgischen Militärgrenze einverleibt werden; woraus man den Wert des Referendums unschwer erkennen kann.

Bedürfte es noch eines Anzeichens zur Charakteristik des „gallischen Bundes", so dürfte das Los, das Luxemburg und Holland in diesem Gebilde zugedacht ist, den unerschütterlichsten Ententefreunden in diesen Ländern die Augen öffnen. Denn tatsächlich schwebt der französischen Bourgeoisie bei diesen Forderungen keineswegs ein harmloser Defensivbund vor; was sie will, ist vielmehr die natürliche Grenze im Sinne des Konvents, im napoleonischen Sinne, die Rheingrenze also in ihrem ganzen Umfange von Basel bis zur Nordsee. Darum verlangt sie mit wachsendem Appetit nach Elsaß-Lothringen, nach dem Saarbecken, der Moselgrenze, der Ahrgrenze, dem ganzen linken Rheinufer. Weil sie aber als echte Bourgeoisie vor den letzten Konsequenzen ihrer Wünsche zurückschreckt, sucht

sie diese in der Mehrheit auf Umwegen zu verwirklichen. Belgien glaubt man nach den Ereignissen vom August 1914 dauernd in der Hand zu haben: Holland soll durch Gebietserweiterungen gekirrt werden. Dabei wird betont, daß sein Boden „eigentlich" gallisches Eigentum sei, daß man sich in seinen Grenzen »en famille« fühle (Maillard S. 89). Hält man zu dieser Äußerung die im Anfang dieser Schrift erwähnte Lehre, daß die Sprache nichts für die völkische Eigenart einer Nation beweise, zieht man ferner in Erwägung, daß die gesamte französische Kriegszielpublizistik ausdrücklich die Ziele Ludwigs XIV. wieder aufnimmt und die Kontinuierlichkeit der von ihm vertretenen Tendenzen betont, so weiß man das Schweigen oder die Redensarten zu würdigen, mit denen sie den holländischen Teil seiner Politik mißbilligt. Denn im Lichte dieser Tatsache löst sich aus dem Wortschwall der vorliegenden Kriegszielbroschüren der feste Entschluß der in Frankreich führenden Schichten heraus, die Rheingrenze diesmal zur Wirklichkeit werden zu lassen, sei es auch nur indirekt, sei es auch nur durch Hineinzwängung Belgiens und der Niederlande in einen Zollverein und eine Militärkonvention. Das sagt genug: namentlich dann, wenn man sich zu guter Letzt veranschaulicht, daß sich die in der französischen Kriegszielliteratur niedergelegten Bestrebungen der französischen Bourgeoisie zum größten Teil als Bestrebungen der französischen Regierung herausgestellt haben. Der Schluß liegt nahe, daß auch diejenigen Teile der veröffentlichten Programme mit den Absichten der französischen Regierung übereinstimmen, die sich bisher noch nicht aktenmäßig als Kriegsziele der französischen Regierung haben feststellen lassen. Discite moniti!

III. Die Zerschmetterung Deutschlands.

Wer der vorliegenden Analyse der französischen Kriegszielliteratur bis hierher gefolgt ist, wird sich unwillkürlich an dieser Stelle die Frage vorlegen: „Glaubt man denn nun in Frankreich tatsächlich, daß ein Strom eine Grenze bildet? Hat man dort von Geographie und Geschichte so wenig Ahnung, daß man den verbindenden Charakter einer Wasserstraße übersieht?" André Sardou zerstreut diesen Verdacht, indem er in seiner Schrift »L'indépendance européenne« ausdrücklich erklärt: „Eine Grenze, die von einer Berg- oder Hügelkette gebildet wird, ist rationeller als eine Grenze, die durch einen Fluß hergestellt wird. In der Tat wird niemand bezweifeln, daß ein Gebirgskamm ein schwieriger zu überschreitendes Hindernis ist als ein Fluß ... Wo ein Gebirge nicht vorhanden ist, ist die geringste Hügelkette, die die Wasserscheide bildet, geographisch gesprochen eine logischere Grenze als der Fluß. Das ganze Becken eines Stromes mit seinem Haupttal, seinen Nebenflüssen ersten und zweiten Grades und deren Tälern bildet ein Ganzes, eine territoriale Einheit, es müßte daher im Prinzip der gleichen Nation gehören" (S. 29 und 30).

Durchblättert man nun die vorliegenden Kriegszielschriften unter dem von Sardou ausgesprochenen, an und für sich natürlich ganz richtigen Gesichtspunkt, der aber weit mehr für Deutschland als für Frankreich spricht, da das rechte Rheinufer notorisch rein deutsch ist, während das linke selbst in den Augen der maßlosesten Pariser Kriegsliteratur zum mindesten zum größten Teile „germanisiert" ist, so merkt man sehr bald, daß er in den meisten eine ausschlaggebende Rolle spielt, wenn er auch zunächst und größtenteils zu der Folgerung ausgemünzt wird, Frankreich müsse zur Sicherung seiner neuen Grenze noch eine Reihe von Brückenköpfen am rechten Rheinufer besetzen. Der Vater dieser Forderung ist wohl der General Humbel, der bereits am 17. September 1914 in der „Libre Parole" verlauten ließ: „Um unsere Sicherheit sicherzustellen (N.B.!), müssen wir auf dem rechten Ufer die Brückenköpfe

Altbreisach, Kehl, Gernersheim (sic!), Castell (Mainz), Ehrenbreitstein (Koblenz), Deutz (Köln) und Wesel am Einfluß der Lippe haben." Paul Marmottan tritt in seine Fußtapfen, wenn er 1915 gleichfalls verkündet, Deutz, Ehrenbreitstein, Castell und Kehl müßten wieder französisch werden (S. 27). Das gleiche Ziel verfolgt die von Barrès geleitete Patriotenliga mit der Erklärung, Frankreich brauche die Rheingrenze „einschließlich der Brückenköpfe auf dem rechten Ufer" (Delaire XIII). Der Verfasser der Broschüre »Ce que sera la paix de demain« erweitert diese Forderung, indem er das ganze Großherzogtum Baden für Frankreich in Anspruch nimmt: „Es ist ganz unzweifelhaft, daß die friedliche Bevölkerung Badens, die stets in nahen Beziehungen zu ihren elsässischen Nachbarn gestanden hat, schnell in der französischen Bevölkerung aufgehen wird" (S. 43). Onésime Reclus will Baden in einen neutralisierten Pufferstaat verwandeln (L'Allemagne en morceaux S. 25). Für Enée Bouloc ist diese Lösung immer noch zu zaghaft; er vergrößert Frankreich durch Süddeutschland bis nach Westfalen und Böhmen hin, die Schweiz erhält ein Stück ab, um sie für ihre Neutralität und ihre Gastfreundschaft zu belohnen (S. 175). Er proklamiert damit beiläufig fast dieselben Ziele wie F. J. Denis, der Frankreich am rechten Rheinufer das Tal des Neckars mit seinen Nebenflüssen sowie den an das Elsaß anstoßenden Teil des Großherzogtums Baden verschafft; die Schweiz erhält auf seiner Karte den südlichen Breisgau und Süddeutschland zwischen Donau und Iller. Weniger phantastisch, aber nicht minder umfassend gehen Sardou, Maillard und Delaire vor (vgl. Karte 3). Sardou setzt seinen Rotstift in der Gegend von Konstanz an und führt ihn zunächst bis zum Feldberg; dadurch werde Deutschland von der Schweiz getrennt und die Eidgenossenschaft gegen deutsche Kultureinflüsse wirksam geschützt. Für den Fall, daß der letztere Gesichtspunkt weniger wichtig scheinen sollte, setzt er den Beginn der neuen Grenzen nördlich von Basel an, führt sie gleichfalls bis zum Feldberg, folgt dann der Kammhöhe des Schwarzwaldes, überschreitet östlich von Heidelberg den Neckar und dringt dann auf der Kammhöhe des Odenwaldes, des Taunus

und des Westerwaldes bis zum höchsten Punkte dieses Gebirges, dem Fuchskauten, vor. „Von da ab“, fährt er fort, „kann die Grenze in zwei Varianten geführt werden: nach der einen würde sie die gegenwärtige Grenze der Rheinprovinz gegen das Sauerland bis zur holländischen Grenze verfolgen; nach der zweiten würde sie zunächst den Kamm des Rothaargebirges entlangziehen, die Quelle der Ruhr umschreiben, die Wasserscheide zwischen der Möhne und Alme einhalten und nach der Lippe vorstoßen, die die Grenze gegen Westfalen bis nach Dorsten hin bilden würde; dann würde sie der gegenwärtigen Grenze des Münsterlandes bis zur holländischen Grenze folgen. Auf diese Weise würden alle rechtsrheinischen Lande Frankreich gehören, das damit Belgien und seine linksrheinischen Besitzungen gegen alle feindlichen Drohungen aus östlicher Richtung schützen würde. Außer den Städten Freiburg, Carlsrühe (sic!), Heidelberg, Mannheim, Darmstadt, Wiesbaden, Elberfeld und Essen, der großen deutschen Industriestadt, wo die Kruppwerke liegen, würden wir die unermeßlichen Minengebiete der Ruhr, Sieg und Lahn gewinnen.“ Allerdings zweifelt Sardou selbst daran, daß sich dieses Programm im ganzen Umfange werde durchführen lassen; er verzichtet deshalb auf die Annexion des rheinisch-westfälischen Industriegebietes und beschränkt seine „billigen und logischen Forderungen“ auf die Grenze von Konstanz bzw. Basel bis zum Saalberg und von dort bis an die holländische Grenze; er nennt das „die mittlere Lösung“. — Maillard denkt gleichfalls an eine Reihe rechtsrheinischer Pufferstaaten; die Führung dieser Grenzen läßt er im einzelnen im dunklen, man erfährt nur, daß Baden und Hohenzollern dazu gehören sollen. — Besonders reizvoll ist das, was Maillard bei dieser Gelegenheit über das Schicksal von Baden sagt. Die badischen „Alldeutschen“, meint er, würden sich zwar durch eine Angliederung Badens an Frankreich „verletzt“ fühlen, darum dürfe man sich aber in Frankreich nicht kümmern, denn erstens habe schon Talleyrand auf die Notwendigkeit eines Pufferstaates zwischen Deutschland einerseits sowie Frankreich und der Schweiz andererseits hingewiesen,

und zweitens könne nur auf diesem Wege das „Verbrechen" an der Kathedrale von Reims gesühnt werden. Und wieso? Weil die Vereinigung der deutschen Naturschönheiten mit Frankreich dieses am leichtesten über den Verlust der Reimser Kunstdenkmäler hinwegtrösten werde (!) Was die Vereinigung anlangt, so sei sie am besten dadurch zu bewerkstelligen, daß den Badenern die französische und den Franzosen die deutsche Nationalität gewährt werde; so werde es möglich sein, als Franzose nach Baden zu kommen und angesichts des schönen Landes etwas erleichtert auszurufen: „Das gehört uns!", während sich die Badener am Anblick der Reimser Ruinen „reinigen" und von ewiger Reue verzehrt flüstern würden: „Und sagen müssen, daß das uns gehört!" „Was für eine Lektion!" fügt Maillard pathetisch hinzu (S. 70—76). — Alexis Delaire folgt ungefähr der Sardouschen Karte, wenn auch bei ihm der französische Machtbereich an der Wied und auf der Höhe des Fuchskauten folgerichtig in eine rechtsrheinische belgische Schutzzone übergeht, die den belgischen Neuerwerb zwischen der Eifel und der holländischen Grenze sicherstellen soll (S. 121).

Ist man aber erst einmal dazu gelangt, das Nationalitätsprinzip in der Weise mit Füßen zu treten, wie es in den eben erwähnten Kriegszielprogrammen der französischen Bourgeoisie geschehen ist, so ist in der Tat nicht abzusehen, wo man in seinen Wünschen haltmachen soll. Mit Recht überlegt man nämlich, nachdem man — vorerst freilich nur auf dem Papier — das gesamte rechte Rheinufer von Deutschland abgerissen hat, ob sich eine solche Erwerbung auch dauernd werde halten lassen, und mit ebensoviel Berechtigung gibt man sich darauf die Antwort, die eben entwickelten Ziele seien nur dann erreichbar, wenn das Deutsche Reich selbst atomisiert am Boden liege. „Wenn man in den neutralisierten oder annektierten rheinischen Provinzen einen deutschen Irredentismus vermeiden will," schreibt Charles Maurras in der „Action française" vom 23. Oktober 1916, „so muß zunächst sein äußerer Herd, die mächtige deutsch-preußische Anschoppung zertrümmert werden, die sicherlich die Rolle des

Hetzers und Aufreizers zu *einem* Ziel und *einer* Hoffnung spielen wird. Der Verstand, der die Seele aller politischen Wissenschaft ist, verlangt, daß man am Anfang anfange."

Aus dieser Erwägung heraus, dann aber auch, weil der verhaßte Gegner für immer unschädlich gemacht werden soll, hat die Kriegszielpublizistik der französischen Bourgeoisie die bereits erwähnte Forderung nach der Zerschmetterung der deutschen Einheit zum Dogma erhoben. Paul Bourget schreibt darüber in dem vom „Daily Telegraph" herausgegebenen »King Albert's Book«: „Wenn wir nach dem Verbrausen des Sturmes einen dauernden Frieden bereiten wollen, so müssen wir die Politik der Erschaffung von Kleinstaaten wieder aufnehmen. Einer der Monarchen der Verbündeten sagte sehr weise zu einem unserer größten Gesandten: ‚Das Streben der Verbündeten geht dahin, Europa in die Lage vor der Zeit Bismarcks zurückzuführen.' In dieser Richtung geht in der Tat unser Wollen, nicht aber auf unmögliche und chimärische Friedensproklamationen, und auch nicht auf das fürchterliche Projekt eines größeren unifizierten Deutschland unter republikanischer Etikette. Es ist wichtig für die Zukunft der zivilisierten Welt, daß es nicht mehr ein einiges Deutschland, sondern nur noch Deutsche gebe — *ein Mosaik von Kleinstaaten* und nicht mehr jenen Block, den die mächtige Hand eines eisernen Kanzlers zusammengeschweißt hat." Bourgets innenpolitischer Antipode Anatole France spricht gleichfalls von der „verabscheuenswürdigen Einheit" Deutschlands. Yves Guyot schreibt: „Diese Einheit muß zerstört werden" (Causes et Conséquences S. 361). Henri Welschinger träumt: „Wir werden der naturnotwendigen Zerstörung des Deutschen Reiches und der Zerstücklung jener verfluchten Einheit beiwohnen, die, 1866 geboren, 1871 geschmiedet, für ganz Europa die Quelle des Unglücks geworden ist" (Barrès, L'âme française et la guerre, III 318). „Die deutsche Einheit kostet der Welt zu viel, als daß man daran denken dürfte, sie aufrechtzuerhalten", meint Dontenville (S. 15). „Frankreich", verkündet Maurice Barrès in seiner Rede auf dem Schlachtfelde von

Champigny im Dezember 1915, „Frankreich schlägt sich, damit das Deutsche Reich zu Boden geschlagen und aufgelöst wird" (Dimier S. 7). „Die vollkommene Zerschmetterung der Besiegten," wiederholt Barrès in seiner Artikelsammlung »L'âme française et la guerre« (Paris 1916, III 320), „das ist das notwendige Ergebnis der ungeheuren Ausweitung des Kampfes und der allgemein empfundenen Notwendigkeit, alle Fragen, die zwischen den Nationen aufgeworfen werden, zu bereinigen." Delaire doziert: „Die erste Friedensbedingung wird im Verschwinden des vom Fürsten Bismarck geschmiedeten politischen Werkes bestehen" (S. 17). Driault hält den Krieg für verloren, wenn er nicht in einen Westfälischen Frieden, das heißt in einen Frieden ausmündet, der Deutschland in ein Bündel selbständiger, den Einflüssen des Auslandes ausgelieferten Mittel- und Kleinstaaten auflöst: „Wolle Gott, daß auch die Republik ihren Westfälischen Frieden hat! Welch unvergänglicher Ruhm!" (S. 18).

Dasselbe Bild in der bürgerlichen Presse. An dieser Stelle nur wenige Stimmen aus der zweiten Hälfte des Jahres 1916, in der das hier besprochene Thema in Paris besonders stark erörtert wurde. „Die Ursache dieses schrecklichen Krieges ist die deutsche Einheit," schreibt der „Rappel" vom 24. Juni 1916, „es ist deshalb notwendig, daß wir, nachdem der gewaltige Feind besiegt ist, an den Rhein gehen und den deutschen Bund auflösen." „Solange Preußen über die ganzen Kräfte Deutschlands verfügt und hoffen kann, Österreich-Ungarn mit hineinzuziehen," läßt sich der Abbé Wetterlé im „Matin" vom 7. September 1916 vernehmen, „wird kein Dauerfriede möglich sein. Deshalb muß das in Versailles geschaffene Kaiserreich verschwinden." „Aus den Trümmern des Deutschen Reiches werden die schönsten Blüten der Zivilisation sprießen", ergänzt das gleiche Blatt am 29. desselben Monats. „Einen dauerhaften Frieden werden wir nur dann haben," läßt die „Parole" vom 18. Oktober 1916 verlauten, „wenn das Werk Bismarcks zerstört ist."

Man sieht: der Wille zur Zerstörung der deutschen Einheit wird von der französischen Bourgeoisie fast einstimmig mit

der größten Deutlichkeit an den Tag gelegt. Merkwürdigerweise glaubt sie dabei, eine ziemlich leichte Arbeit vor sich zu haben, weil sie sich der Täuschung hingibt, daß die Reichsgründung von 1870 ein künstliches Gebilde sei und infolgedessen im deutschen Volke nur schwache Wurzeln geschlagen habe. Im übrigen klingt aus der französischen Kriegsliteratur immer wieder der Gedanke heraus, daß eine Zerschmetterung Deutschlands um so leichter durchzuführen sein werde, als es in Deutschlands eigenem Interesse liege, aus dem hypnotischen Bannkreise weltpolitischer Verwicklungen und Verwirrungen herauszukommen, um dafür zum Ausbau seiner Kultur — in diesem Zusammenhange erkennt man ausnahmsweise einmal an, daß es eine besitzt! — zurückzukehren. Eine Revanche fürchtet man nicht, weil die Einzelstaaten angeblich glücklich sein werden, ihre Selbständigkeit wiedererlangt zu haben. „In Wirklichkeit", lehrt Maillard über diesen Punkt, „strebt die Mehrzahl dieser Staaten nach der Losreißung, die Berliner Fuchtel hält sie allein zurück. Es ist schon alles mögliche, daß sie sich nicht untereinander verabscheuen, und man kann sicher sein, daß es Bayern, Sachsen, Hannover, Braunschweig usw. gleichgültig ist, was Hessen, Preußen, Baden, Württemberg usw. zustoßen mag, wenn sie nur selbst in Ruhe gelassen werden." Herr Maillard wird unter diesen Umständen durch den Fortgang des Krieges einigermaßen überrascht worden sein.

Was nun die Zerschmetterung Deutschlands im einzelnen anlangt, so gehen die darüber veröffentlichten Programme begreiflicherweise ziemlich weit auseinander. Da es nicht ganz unamüsant ist, angesichts der Kriegslage diese Programme kennen zu lernen, so seien hier die hauptsächlichsten in kurzen Strichen wiedergegeben.

Wie bereits erwähnt worden ist, stammt die vermutlich älteste Kriegszielschrift — F. J. Denis' ›Le traité de paix du .... 1915‹ — aus dem Herbst 1914. Sie schildert die Ergebnisse einer hypothetischen Friedenskonferenz in Brüssel und bestimmt im einzelnen folgendes: Die Hohenzollern werden für abgesetzt erklärt und das Deutsche Reich wird aufgelöst. Belgien erhält ein großes Stück der Rheinprovinz und West-

falens, Frankreich Baden und Württemberg bis zur Donau und bis zur schwäbisch-fränkischen Wasserscheide; das Maingebiet mit Bayreuth, Nürnberg und Frankfurt wird eine Republik mit dem Regierungssitz in Frankfurt. Das Quellgebiet der Weser wird in ein Königreich Hessen umgewandelt mit der Hauptstadt Cassel. Hannover, Oldenburg und Bremen diesseits der Aller werden, soweit sie nicht an Holland abgetreten werden — Holland erhält Münster und Osnabrück mit der Haasegrenze —, zu einem Königreich unter einem englischen Prinzen zusammengeschweißt. Das beste Geschäft macht Dänemark, das ganz Norddeutschland zwischen Aller, Elbe und Havel erhält; Berlin wird auf diese Weise eine dänische Provinzstadt. Südlich davon erstreckt sich ein großes Königreich Sachsen, und jenseits der Oder und Neiße fängt Polen an, das vom Großfürsten Nikolaus Nikolajewitsch regiert wird. Ostpreußen und ein Teil von Westpreußen mit Elbing und Marienwerder fallen an Rußland. Bayern wird für den Verlust Frankens durch das Salzkammergut entschädigt. Die Schweiz heimst den Breisgau, das Allgäu, Liechtenstein, Vorarlberg und das obere Inntal bis Kufstein ein.

Der zweite Kriegszielpublizist des Jahres 1914, Onésime Reclus, zieht die ständige Einmischung von England, Frankreich und Rußland in innerpolitische deutsche Angelegenheiten dieser Lösung vor; er erreicht dieses Ziel dadurch, daß er England das Protektorat über das wiederhergestellte Königreich Hannover, Hamburg und Bremen überträgt; Rußland wird Schirmherr von Lübeck, Frankreich tritt in dasselbe Verhältnis zu Frankfurt am Main, Mannheim und Essen. Außerdem erhält England Helgoland, Frankreich das linke Rheinufer, Rußland Ost- und Westpreußen, Posen und Schlesien; Dänemark wird bis zum Nord-Ostsee-Kanal ausgedehnt; das übrige Deutschland löst sich in Atome auf, Pommern, Mecklenburg, Oldenburg, Brandenburg, Westfalen, Hessen werden zu selbständigen Königreichen erhoben, die deutschen Landesteile Österreichs treten hinzu und bilden mit den süddeutschen Staaten einen Südbund, der durch befestigte Lager von riesigem Umfange und mit europäischer Besatzung, die auf der

Wasserscheide zwischen Donau und Elbe anzulegen wären, von dem in einen Nordbund zusammengefaßten Norddeutschland getrennt werden würde.

Die Kriegszielschriften des Jahres 1915 entwickeln nicht minder weitgehende Programme. »La paix que nous devons faire« geht z. B. zunächst auf die Friedensverhandlungen ein und erklärt hier, wenn sich die Ententediplomaten mit Vertretern des heutigen Deutschen Reiches einigten, so würden sie damit dessen Bestand anerkennen; es handle sich also vor allem darum, nicht mit der bisherigen Reichsleitung, sondern mit jedem Einzelstaat für sich zu konferieren. Wenn diese durchaus einen gemeinsamen Kaiser beibehalten wollten, so sei von vornherein auszumachen, daß die Kaiserkrone in eine Wahlkrone verwandelt werden und daß jeder Reichsfürst in dem auf diesem Wege wieder auflebenden Kurfürstenkollegium eine Stimme erhalten müsse. Was die Karte Deutschlands anbetrifft, so sieht der Verfasser dieser Broschüre einschneidende Modifikationen vor: er stellt Hannover wieder her und macht Westfalen selbständig, um es dem Großherzogtum Sachsen oder Hessen zuzuteilen, von dem es im Mittelalter abhängig gewesen ist; Schleswig-Holstein und Lauenburg gibt er an Dänemark, die drei preußischen Ostprovinzen und Oberschlesien vereinigt er mit Polen, das unter russischem Zepter bleibt, Helgoland wird englisch.

Der Verfasser der Flugschrift »Ce que sera la paix de demain« will gleichfalls nicht mit dem Deutschen Reiche an sich, sondern nur mit seinen Teilen verhandeln; er zerschmettert Preußen vollständig, gibt Schleswig-Holstein an Dänemark, die drei preußischen Ostprovinzen und Schlesien an Polen und dadurch mittelbar an Rußland; Sachsen wird in den Grenzen von 1813 wiederhergestellt, Hannover erhält seine Selbständigkeit zurück, Nassau kommt an die Großherzogin von Luxemburg, Kurhessen an das Großherzogtum Hessen, die Mark Brandenburg an Sachsen, Pommern an Mecklenburg, Westfalen bildet einen eigenen Staat. Das Schicksal des Rheinlandes ist bereits bekannt: es wird zwischen Frankreich und Belgien aufgeteilt.

Aulard „entpreußt" Deutschland; er läßt das Bundespräsidium in der Reihe der Bundesstaaten umgehen; die Stärke ihrer Heere soll durch einen europäischen Kongreß festgesetzt werden und nur zu Verteidigungszwecken ausreichen.

Enée Bouloc rechnet mit einer radikalen Aufteilung des Deutschen Reiches; für ihn steht es fest, daß Süddeutschland an Frankreich, Norddeutschland an England und Ostdeutschland an Rußland fallen muß; Berlin wird aller Kriegs- und Siegesdenkmäler beraubt und sinkt zu einer russischen Provinzstadt herab.

Stéphane Juge löst das Deutsche Reich auf, Hannover wird wiederhergestellt und durch einen Zwischenstaat ergänzt, Sachsen, Bayern und Preußen bleiben bestehen, werden aber stark umgeformt; die Pfalz, die Rheinprovinz, Westfalen, Lippe, Schaumburg-Lippe, Waldeck, Hessen-Nassau, Hessen-Darmstadt, Baden, Württemberg, Hohenzollern, das bayrische Allgäu und Nordtirol werden französisch; was davon an Belgien kommen soll, überläßt er der französischen Regierung.

Jean Finots Programm geht nicht ganz so weit; es läßt sogar die preußische Westgrenze unter Abspaltung einiger wallonischer Grenzstriche, die an Belgien fallen sollen, bestehen; um so entschlossener geht er im Osten vor, wo ja die Wiege dieses Pariser Publizisten gestanden hat. Er schlägt Ost- und Westpreußen sowie halb Schlesien zu Polen, das mit Rußland in Personalunion vereinigt bleibt (S. 307).

Jean Thomme gibt Helgoland und die Ostfriesischen Inseln an England, Elsaß-Lothringen und die halbe Pfalz an Frankreich, das außerdem eine Reihe rechtsrheinischer Festungen als Zinnen besetzt; Rußland wird um Posen, Dänemark um Schleswig-Holstein vergrößert. Im übrigen erhält Deutschland seine alte Kreisverfassung wieder, es löst sich unter Mediatisierung von 16 weiteren Mittel- und Kleinstaaten in 11 Provinzen: Baden, Württemberg, Bayern, Sachsen, Hannover, Hansaland, Hessen, Rheinland, Mainland, Südland und Nordland auf; das Südland besteht aus den deutschen Kronländern der Donaumonarchie, das Nordland vereinigt die Reste des noch dazu um die Provinz Posen beraubten König-

reichs Preußen. Berlin wird in Bochegrad umgetauft, die Bundesregierung siedelt nach Thüringen über und residiert in einer eigens für sie errichteten Kleinstadt, die sich Deutschstadt nennen würde; französisch würde sie Germainville heißen, englisch Germantown und russisch Niemcegrad. Gegebenenfalls wäre auch Weimar oder — Berka in Betracht zu ziehen; als Bundespalast, meint Lhomme, würde sich vortrefflich das Belvedere bei Weimar eignen. In jeder Kreishauptstadt würde neben dem jeweiligen Herrscher oder Präsidenten ein Resident der Entente seinen Sitz haben. An die Spitze des neuen Staatsgefüges tritt ein „Verwalter". Außerdem werden 70 000 deutsche Familienoberhäupter zur Strafe nach Südamerika deportiert.

Georges Pail annektiert das ganze linke Rheinufer, entwaffnet Deutschland, schleift seine Festungen, verbietet jede Anfertigung von Waffen, steckt die deutsche Flotte in die Tasche und verwüstet Deutschland systematisch, um es zu „strafen"; Berlin, Potsdam und Burg Hohenzollern werden dem Erdboden gleich gemacht.

Professor Henri Lorin von der Faculté des Lettres der Universität Bordeaux gibt Posen und Westpreußen an Polen, Schleswig-Holstein nördlich des Nord-Ostseekanals an Dänemark, der Kanal selbst wird unter das Protektorat der drei nordischen Staaten gestellt.

Maurice Privat löst den Bund der deutschen Staaten und ihren Zollverein auf, um partikularistischen Bestrebungen den weitesten Spielraum zu lassen; er gibt Schlesien und Ostpreußen an Polen, Schleswig-Holstein an Dänemark, „damit Hamburg von neuem unter die Kanonen von Altona zu liegen kommt"; er macht Westfalen selbständig, stellt Hannover wieder her, entschädigt den „Großherzog von Nessen-Hassau" für den Verlust seiner linksrheinischen Lande auf dem rechten Ufer, gibt Sachsen „eine volkstümliche Regierung"; die Republik Frankfurt schließt sich den Hansestädten an, Bayern erhält für den Verlust der Pfalz keine Entschädigung, „weil die bayrischen Soldaten bewiesen haben, daß sie sich seit 1870 nicht zivilisiert haben". Essen wird dem Erdboden gleich gemacht und die

Mannheimer Farbwerke werden „unterdrückt". Die deutsche Kriegs- und Handelsmarine geht in den Besitz der Entente über.

Oberst Biottot zerlegt Deutschland in einen Nord- und einen Südbund, stellt es aber den Einzelstaaten frei, sich von diesem System auszuschließen; Bayern erhält als Ersatz für die Pfalz die deutschen Kronländer der Donaumonarchie, um den „Keltismus seiner Mentalität" entwickeln zu können. Preußen verliert außer dem linken Rheinufer den größten Teil seiner Provinzen, es umfaßt nur noch Brandenburg und Pommern, die nach Absetzung der Hohenzollern zu einem Herzogtum oder Königreich der Hunnen zusammengeschlossen werden. Der Herrscher dieses Staatsgebildes ist von den alteingesessenen „Junkern" aus ihrer Mitte zu wählen.

Hauptmann de Mauni verfügt die üblichen Abtretungen an Dänemark und Rußland; Deutschland wird durch wirtschaftliche Maßnahmen zum Heloten der Entente herabgedrückt; sie werden weiter unten zu erörtern sein.

Dr. Casset löst Deutschland in seine einzelnen Bestandteile auf; die drei Südstaaten sollen unter Umständen neutralisiert oder unter das Protektorat der Entente gestellt werden; Bremen und Hamburg werden autonom, damit die Bedeutung Antwerpens gesteigert wird. Nebenbei werden die Festungen geschleift, die strategischen Eisenbahn- und Luftschiffanlagen zerstört.

Luc Durand, dessen Kriegszielschrift erst 1917 erschienen, aber bereits 1915 entstanden ist, verlangt die gänzliche Zerschmetterung Deutschlands; Preußen sinkt zu einem Großherzogtum Brandenburg herab; das übrige Deutschland wird auf den Zustand von 1866 zurückgeschraubt und in vollständig unabhängige Einzelstaaten zersplittert; außerdem wird Frankreich für die Einführung verfassungsmäßiger Bürgschaften in den Einzelstaaten sorgen — ein Programm, das den Kenntnissen des Verfassers kein besonders günstiges Zeugnis ausstellt, wüßte er doch sonst im deutschen Staatsleben besser Bescheid.

Der Verfasser der gleichfalls aus dem Jahre 1915 stammenden, in der Librairie catholique Emmanuel Vitte in Lyon

und Paris erschienenen Broschüre »Et après la victoire? Conditions de la paix. Au dehors et au dedans« folgt ungefähr denselben Richtlinien: Wiederherstellung des Zustandes vor 1864, Neutralisierung des Nord-Ostseekanals, Konstituierung von Pufferstaaten auf beiden Rheinufern — das sind die Kernpunkte seines Programms.

Yves Guyot, der wie erinnerlich Westfalen und die Rheinprovinz in einen neutralen Pufferstaat verwandelt wissen wollte, läßt diese Staatsgebilde in seinem Werke »Les causes et les conséquences de la guerre« mit Bayern, Württemberg und Baden einen besonderen Staatenbund bilden; Sachsen tritt an die Spitze eines mitteldeutschen Bundes, der in der Hauptsache die 1866 in Preußen einverleibten Staaten umfassen würde (S. 366); die preußische Hegemonie wird damit vernichtet (S. 362); überdies verliert es Westpreußen an Polen (S. 389).

Arthur Girault, Ordinarius der Nationalökonomie an der Universität Poitiers, träumt von einem großen süddeutschen Bunde unter der Führung der um ihre nichtdeutschen Kronländer beraubten und um Schlesien vermehrten Donaumonarchie; Frankfurt und Hessen südlich des Mains sollen gleichfalls dazu gehören (Guyot, Causes et conséquences, S. 373).

Paul Marmottan empfiehlt der französischen Diplomatie, den Tilsiter Frieden zum Muster zu nehmen; er will Preußen in seine Grenzen von 1806 zurückdrängen (S. 7, 8, 10), er beschränkt es aber in Wirklichkeit auf Brandenburg und Pommern, da er die vier Ostprovinzen Polen zuteilt. Er fordert ferner Sicherheit gegen Württemberg, Baden, Bayern und Sachsen, ruft nach einem „unabhängigen" Pufferstaat Westfalen; Frankfurt soll wieder freie Reichsstadt werden, Schleswig-Holstein soll unter das dänische und Hannover unter das englische Zepter zurückkehren (S. 7, 8, 9, 10, 17).

André Sardou tut es nicht unter einer völligen Zerschmetterung des heutigen Deutschen Reiches; er löst die Reichsverfassung auf; sollte ein neuer deutscher Bund zustande kommen, so dürfte er keineswegs von einem Staat geführt werden, es müßte vielmehr unter den Bundesgliedern ein rein kollegiales Verhältnis nach der Art der Vereinigten Staaten von

Nordamerika herrschen (S. 17). Frankreich erhält die bereits a. a. O. angeführte Zone auf dem rechten Rheinufer, Rußland erhält für Polen oder direkt Ostpreußen und Posen, in Schlesien kann es wählen, was es mag: „Wir nehmen nicht an, daß Rußland größere territoriale Forderungen in Deutschland geltend macht", setzt er hinzu. Wenn also der russische Appetit durch die bisherigen Abtretungen nicht gesättigt worden wäre, so wäre Sardou bereit gewesen, noch mehr herauszugeben. Holstein und Schleswig sollen autonom werden. Der Nord-Ostseekanal wird neutralisiert und gelangt in den gemeinsamen Besitz von Frankreich, England und Rußland. Im übrigen erhält England keinerlei Gebietszuwachs auf dem europäischen Festlande, nicht einmal Helgoland, das an Schleswig fallen soll; hält man diese Tatsache mit Sardous Wunsch zusammen, England solle nach dem Kriege die Frankreich vorgelagerten Normannischen Inseln an Frankreich zurückgeben, so kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß Sardou dem Londoner Kabinett eine Stärkung seiner Position in Europa nicht gerade gönnt.

Armand Richter teilt das übliche Programm: Schleswig-Holstein an Dänemark, Schlesien an Polen, Hannover und Westfalen selbständig. Neu ist, daß er Preußen zwischen Sachsen und Bayern aufgeteilt wissen will. Daß Richter das linke Rheinufer für Frankreich und Belgien reklamiert, ist bereits oben gesagt worden (S. 26, 30, 38).

Die umfassendsten Umwälzungen plant aber Louis Dimier; er läßt im Staatengefüge des Deutschen Reiches kaum einen Stein auf dem andern; was ihm als Ideal vorschwebt, ist der Zustand von 1803 bzw. 1648 (vgl. Karte 4). Alle Fremdherrschaften werden bei ihm wiederhergestellt; die französischen, dänischen und polnischen Erwerbungen sind die üblichen; Schweden erhält Vorpommern und Rügen, Schlesien soll unter ein österreichisch-ungarisches Kondominium gestellt werden. Im übrigen wird Preußen aufgeteilt und Deutschland in der Weise umgeordnet, daß es in ein Gewirr von sage und schreibe 60 Mittel- und Kleinstaaten zerfällt. Erreicht wird diese stattliche Zahl dadurch, daß z. B. allein 22 Fürstentümer ihre

mediatisierten Herrscherhäuser zurückerhalten; darunter befinden sich zwar Gebiete, deren Dynastien entweder ausgestorben sind oder überhaupt nicht bestanden haben, weil sie von geistlichen Fürsten regiert wurden, Herr Dimier läßt sich aber darum keine grauen Haare wachsen. Damit nicht genug, e r f i n d e t er ehemalige Staaten, so das Fürstentum Wahl; es soll westlich von Augsburg liegen und früher einmal gleichfalls ein selbständiges Staatsleben geführt haben. Nur schade, daß dieses Fürstentum den gelehrtesten Kennern der deutschen Geschichte unbekannt und daß seine Dynastie auf dem Monde zu suchen ist! — Perlen Dimierscher Staatskunst sind auch die Republiken, die der politisierende Kunsthistoriker mit verschwenderischer Phantasie aus dem Boden stampft. Sie werden just in Gegenden errichtet, die für eine derartige Staatsform nur sehr wenig Verständnis aufbringen dürften; das ist aber Dimier ebenfalls gleichgültig. — Ein letztes Mittel zur Zerschmetterung Deutschlands entdeckt der findige Amateurdiplomat in der Umwandlung entscheidender deutscher Großstädte in Reichsstädte. Alles in allem entstehen, erneuern oder erhalten sich auf diese Weise die vier Königreiche Hannover, Sachsen, Württemberg und Bayern; das Kurfürstentum Hessen, das mit dem jetzigen Großherzogtum vereinigt wird; die acht Großherzogtümer Oldenburg, Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz, Baden, Sachsen-Weimar, Nassau, Pommern und Westfalen; die sechs Herzogtümer Magdeburg, Halberstadt, Minden-Ravensberg, Sachsen-Coburg-Gotha, Sachsen-Meiningen und Sachsen-Altenburg; die 29 Fürstentümer Anhalt (Anhalt wird also degradiert!), Lippe, Waldeck, Schwarzburg-Rudolstadt, Schwarzburg-Sondershausen, Reuß, Hohenzollern, Mörs, Dülmen, Tecklenburg, Wernigerode, Erfurt, Wittgenstein, Sayn, Neuwied, Solms, Hanau, Wertheim, Hohenlohe, Castell, Schwarzenberg, Ettenheim, Breisgau, Fürstenberg, Thurn und Taxis, Waldburg und Wahl; die 12 Reichsstädte Hamburg, Lübeck, Bremen, Stettin, Braunschweig, Magdeburg, Berlin, Leipzig, Chemnitz, Frankfurt a. M., Ulm und Nürnberg; schließlich die fünf Republiken Paderborn, Hildesheim, Eichsfeld, Fulda und eine Arbeiter-

republik am Niederrhein, die das bergisch-märkische Industriegebiet umfassen würde und wahrscheinlich des liebevollen Interesses der französischen Regierung sicher wäre. Es würde zu weit führen, auf einzelne Schönheiten dieses Programmes näher einzugehen, so z. B. auf die Rolle, die dem zum Großherzog von Pommern erhobenen Prinzen Heinrich von Battenberg zugedacht wird; er soll als Mandatar Rußlands und Serbiens die Emanzipation der — Kassuben und Wenden begünstigen, die ersteren sollen im Rahmen des pommerschen Staates eine wichtige Rolle spielen. Das Herzogtum Magdeburg soll an den Herzog von Connaught fallen, der in Burg residieren würde. In Halberstadt zieht das Haus Hessen-Philippsthal ein, in Minden ein dänischer Prinz, in Westfalen der Fürst von Hohenzollern, der damals als Bruder des Königs von Rumänien bei der Entente noch hohen Kurs hatte; Tecklenburg kommt an die Solms, der Breisgau an die Salms, Ettenheim an die Leiningens, die beiden letzteren werden »princes français«! Besonders gut schneiden die Platen-Hallermunds ab: sie rücken wegen ihrer Besitzungen in Holstein zu dänischen Fürsten auf, obwohl es in Dänemark gar keine Fürsten gibt. Die Mark Brandenburg wird aufgelöst, die Mittelmark kommt an Baden und Württemberg, die Uckermark an Pommern, die Priegnitz an Mecklenburg-Schwerin und die Neumark an — Bayern!

Man müßte keinen Humor besitzen, begänne man nicht, bei der Lektüre dieses Wahnsinns zu lächeln. Und doch steckt Methode in ihm — eine bitterböse Methode, die den ersehnten „Westfälischen Frieden" verwirklichen und Deutschland tatsächlich zu dauernder Ohnmacht verurteilen würde. Daß sie durchaus nicht nur als Monomanie gewertet werden darf, zeigt das Buch Delaires, der von Dimier stark beeinflußt worden ist, obwohl er in seinen Aufteilungsplänen nicht ganz so weit geht wie sein Vorbild. Delaire fordert neben den üblichen Veränderungen in Schleswig-Holstein, Schlesien, Posen, Ost- und Westpreußen die Auflösung des übrigbleibenden Königreichs Preußen in die Staaten Brandenburg, Westfalen, Hannover und Nassau; er schlägt Pommern zu Mecklenburg, die

Provinz Sachsen zum Königreich Sachsen, Kurhessen zum Großherzogtum Hessen, das seine rheinischen Besitzungen an Frankreich verliert; Württemberg erhält Hohenzollern und möglicherweise einen Teil von Baden, tritt aber dafür Gebiete am Oberlaufe des Rheins an die Schweiz ab; Baden verschwindet zugunsten der bereits erwähnten neutralen oder französischen Zone am rechten Rheinufer. Die einzelnen Staaten dürfen im Gegensatz zu Dimiers Vorschlage nicht miteinander verbündet sein; sie werden entwaffnet und haben sich für alle inneren Streitigkeiten dem Haager Schiedsgericht zu unterwerfen. Die bereits von Reclus und Biottot verfochtene Teilung Deutschlands in einen Südbund und einen Nordbund wird von Delaire wieder aufgenommen; neu ist, daß er den letzteren unter englisches, den ersteren unter französisches Protektorat stellt. Kann man deutlicher sagen, daß Deutschland aufhören soll zu existieren?

Was schließlich die Zerschmetterung Deutschlands vollenden soll, ist die Zahlung einer unerschwinglichen Kriegsentschädigung und die Entfesselung eines unerbittlichen Nachkrieges gegen seinen Handel. Natürlich finden diese Forderungen bei denjenigen Publizisten, die sich eben über die kunstgerechte Zerlegung des teutonischen Bärenfelles den Kopf zerbrochen haben, nur wenig Interesse; um so lebhafter werden sie von finanz- und handelspolitisch interessierten Autoren erörtert. Finot normiert die Höhe der zu verlangenden Entschädigungssumme bereits 1915 auf 140—170 Milliarden Francs (S. 286 bis 289). Der Verfasser der am Anfang des gleichen Jahres erschienenen Broschüre »Et après la victoire?« verlangt 100 Milliarden, und zwar sollen diese 100 Milliarden eine Art Hypothek bilden, deren Zinsen einen jährlichen Tribut an die Entente bedeuten würden. Die Bestreitung der Zinsen habe zunächst aus dem durch die Entwaffnung Deutschlands freigewordenen Heeresfonds zu erfolgen: „Zu diesem ersten Fonds werden hinzukommen: die Erträge der Staatseisenbahnen, etwa eine Milliarde, wenn nicht mehr; die Erträge der Zölle, die sich auf eine viel höhere Summe belaufen können; endlich gewisse Abgaben an Rohstoffen, die noch näher zu

bestimmen wären. So könnte Deutschland z. B. mit Leichtigkeit jedes Jahr 50 Millionen Tonnen Kohle liefern, die zum Preise von 30 oder 40 Francs die Tonne (!) anderthalb oder zwei Milliarden wert sein würden. Man sieht also, daß die Schuldnerstaaten sehr wohl in der Lage wären, die Einkünfte aus einem Kapital von hundert Milliarden zu liefern. Sie wären sogar imstande, dieses Kapital, das ungeteilt zur Wiedergutmachung der von ihnen angerichteten Schäden verwendet werden würde, in verhältnismäßig kurzer Zeit zu amortisieren" (S. 8, 9). Das gleiche Programm entwirft Dr. Casset, der alle Staatsbetriebe einschließlich der Steuer- und Zollverwaltung für die Entente arbeiten lassen will, um allmählich eine Kriegsentschädigung von hundert Milliarden herauszuwirtschaften. Hauptmann de Mauni tut es bereits im August 1915 nicht unter 200 Milliarden, an deren Zahlung allerdings auch Österreich-Ungarn beteiligt werden soll; ihre Deckung soll dadurch erfolgen, daß die Entente eine Vorzugshypothek auf sämtliche deutsche und österreichisch-ungarische Grundstücke und Baulichkeiten erhält; zur Einziehung und Verrechnung der fälligen Summen wird ein internationales Institut Foncier in Berlin ins Leben gerufen. Zur Sicherung seines Betriebes wird das ganze Deutsche Reich entwaffnet; bestimmte Punkte werden von der Entente militärisch besetzt; die Gouverneure der einzelnen Plätze erhalten das Recht, nach Belieben den Belagerungszustand zu verhängen. Auf diese Weise, meint de Mauni, wird das Deutsche Reich zu den Zeiten Goethes, Schillers und Beethovens zurückfinden. Das Doppelte, nämlich 400 Milliarden, verlangt Barthélemy Rey im Jahre 1916 für den Fall, daß die Feindseligkeiten bis Ende Juni 1917 andauern; zu ihrer Einziehung fordert er gleichfalls die dauernde Okkupation des Reiches, Erhöhung der Eisenbahn-, Post- und Telegraphentarife zugunsten der Entente, verdoppelte Ausnutzung der Domänen, Erhöhung der direkten und indirekten Steuern, Unterdrückung des Heeres- und Flottenbudgets, Suspendierung der Reichsschuldenverwaltung; auf diese Weise werde zunächst ein Jahrestribut von 15 Milliarden herauszupressen sein. Da das deutsche Nationalver-

mögen mittlerweile wieder wachsen werde, sei mit einer Erhöhung dieser Rate zu rechnen, so daß die Kriegskosten nach fünfzig Jahren mindestens zum großen Teil gedeckt sein würden. Reclus verspricht sich eine „Kriegsentschädigung von phantastischer Höhe“, er will ihre Zahlung auf 100 Jahre verteilen und damit die deutschen Eisenbahnen, Bergwerke und Fabriken dauernd für Frankreich arbeiten lassen (S. 51). Eine ganz ähnliche Begleichung der Kriegskosten regt Guyot an (Les causes et les conséquences de la guerre, S. 399—400). Daniel Bellet schlägt in seiner Studie »Comment payer les frais de la guerre« außerdem vor, die eigene Finanzkraft durch Einführung neuer Steuern in Deutschland unmittelbar oder mittelbar zu heben (S. 155). Delaire träumt von „beträchtlichen finanziellen Lasten“, die den Mittelmächten „auf lange Zeit hinaus“ auferlegt werden sollen: „Auf wirtschaftlichem Gebiet müssen die nach Auflösung des unitarischen Reiches getrennten Einzelstaaten in Zaum gehalten werden,“ fährt er fort; „ihre Wiedervereinigung muß untersagt werden, und darüber hinaus müssen die benachbarten Nationen durch Handelsklauseln vor ihnen geschützt werden ...“ (S. 304—305). Verhältnismäßig am maßvollsten äußert sich noch der Generalkonsul Biard d'Aunet, der die Meinung vertritt, eigentlich müsse man zwar eine Kriegsentschädigung von 100 Milliarden fordern, es sei aber unpolitisch, einen Nachbar vollständig zugrunde zu richten, und daher begnüge man sich am besten mit einer Entschädigung von insgesamt 30—40 Milliarden; zu 5 Prozent verzinst, werfe diese Summe einen Jahrestribut von 2 Milliarden ab, und die könne Deutschland mit Leichtigkeit zur Ausschüttung bringen, wenn es sein Heeresbudget auf ein Viertel seines bisherigen Betrages herabmindere und durch Einführung höherer und neuer direkter Steuern die Finanzkraft seiner Bevölkerung besser ausnutze. Der Tribut würde nach seinem Plan solange gezahlt werden, bis die 40 Milliarden getilgt sind. — Henry Urban stimmte diesem Programm noch 1917 in vollem Umfange bei.

Sieht man sich nun in der französischen Presse um, legt man sich Rechenschaft ab von den Aufsätzen und Erklärungen

über die wirtschaftliche Knebelung Deutschlands, die in ihren Spalten noch in jüngster Zeit erschienen sind, so gewinnt man den Eindruck, daß die hier vertretenen Gedanken den in der Buchliteratur niedergelegten Anschauungen nichts nachgeben. Da schreibt z. B. der Exministerpräsident Louis Barthou am 14. Oktober 1916 im „Matin": „Glücklicherweise bestreitet niemand, daß von Deutschland notwendigerweise Entschädigungen verlangt werden müssen, die sowohl einen Akt strengster Gerechtigkeit als eine Garantie sein werden. Diese Genugtuungen, auf die Frankreich nicht verzichten kann, ohne die Sicherheit seiner Existenz zu verraten, werden ihren Ausdruck in baarem Gelde und in Unterpfändern finden. Dem besiegten Deutschland werden die bis zum Schluß einigen Verbündeten ihre Rechnungen vorlegen. Deutschland muß zahlen, wiederherstellen, ersetzen. Wie einem schädlichen Tier wird man ihm die Möglichkeit nehmen zu schaden. Kein Friede ohne Sieg, kein Sieg ohne Entschädigung, keine Kriegsschuld ohne Unterpfänder. Nur diese Bedingungen können die Sicherheit der Zukunft verbürgen, es ist nicht zu früh, dies zu bedenken und sich darauf vorzubereiten." Wie hoch sich der „Matin" die Leistungen Deutschlands im einzelnen vorstellt, geht aus zwei Artikeln hervor, die er im April 1917 veröffentlichte; der Finanzschriftsteller Verneuil führte darin aus, die Deutschen wären fähig, alle Kosten sämtlicher Kriegführenden zu tragen, sie könnten den Alliierten jährlich mindestens 16 Milliarden zahlen. — Albert Milhaud legte im „Rappel" vom 7. Januar 1917 den bekannten Ausdruck »réparation« als „völlige Kriegsentschädigung" aus. — Die „Liberté" vom 16. April 1917 meldete, der Senator Henri Chéron habe bei der Eröffnung des Generalrats des Departements Calvados erklärt, Deutschland müsse nicht nur bestraft werden, es müsse auch zahlen. Und Maratray mahnte noch am 12. Juni 1917 im „Petit Journal": „Legen wir die Waffen nicht nieder, bevor wir imstande sind, die Arbeiter und Knechte jenseits des Rheins bezahlen zu lassen." Man sieht: die gesamte bürgerliche Presse ist sich in der Forderung nach einer riesigen Kriegsentschädigung einig.

Um den wirtschaftlichen Wiederaufbau, die wirtschaftliche Weltgeltung Deutschlands vollends niederzuhalten, soll schließlich nach dem Kriege ein sogenannter „Nachkrieg“, eine »Après-guerre« entfesselt werden, der eine systematische Boykottierung gewisser Waren und Firmen, eine Vertrustung der Rohstoffversorgung zuungunsten Deutschlands, eine dauernde Bearbeitung der nichtdeutschen Länder im antideutschen Sinne, eine Verewigung also der Einkreisungspolitik hauptsächlich in wirtschaftlicher Form vorsieht. Als einer der heftigsten Vorkämpfer dieses Programmes ist Camille Mauclair anzusprechen, der in der „Depêche de Toulouse“ vom 24. Juli 1916 verlauten ließ: „Wenn wir Deutschland so geschlagen haben, wie wir wollen, werden wir den 100 Millionen gegenüber, die durch unsere Bündnisse eingekreist sind, bis an die Zähne bewaffnet bleiben. Um sie zu hindern, sich neu zu rüsten, wird man sie wirtschaftlich lahmlegen und ihnen gerade so viel lassen, um kümmerlich leben und ihre Schuld bezahlen zu können. Wir müssen auch weiter stets in Bereitschaft bleiben. Wir denken da an einen Bank- und Zollkrieg, einen Krieg des Schutzzolls und der Konkurrenz durch eigene Erzeugnisse, einen Krieg der Meinungen und Gefühle ... Mit einem Wort, Deutschland hat die Zeit des unbegrenzten, vielgestaltigen, dauernden Krieges eröffnet, von dem der Krieg mit den Waffen nur eine Form ist. Frieden nennen wir das Leben in den anderen Formen des Krieges; wenn wir diese einstellen, würde sofort wieder der Krieg mit den Waffen da sein. Wir haben diese Lage nicht gewünscht, aber wir müssen uns damit abfinden. Jetzt gilt für uns das Wort Nietzsches: ‚Seien wir hart!‘“

„Matin“, „L'Oeuvre“, „Temps“ und andere bürgerliche Blätter haben sich auf den gleichen Standpunkt gestellt wie Mauclair; Perreau Pradier, Besson, Louis de Launay, Georges Blondel haben sich noch kürzlich mit den Methoden beschäftigt, die den wirtschaftspolitischen Teil der »Après-guerre« besonders wirksam gestalten sollen. „Im allgemeinen“, heißt es in de Launays Buch »France-Allemagne« (S. 226), „bieten sich zwei Kampfmethoden: einerseits der Boy-

kott der deutschen Fertigprodukte, und andrerseits die Vertrustung der Rohstoffe, die unseren Feinden zum mindesten so weit entzogen werden können, daß unsere eigenen Lieferungen im vollsten Umfange sichergestellt werden. Beide Methoden sind vollkommen miteinander vereinbar. An dieser Stelle will ich nur auf die zweite eingehen, die für die Mehrheit der Mineralien, denen dieser Band gewidmet ist, die einzig anwendbare und auch die einzige ist, deren Programm eine nähere Erörterung erfordert. Ich füge jedoch gleich hinzu, daß mir das erste System viel wirksamer scheint, sowohl unmittelbar als auf dem Umweg über Abwehrtarife ... Die größte praktische Schwierigkeit wird darin bestehen, das unter falscher Flagge segelnde Produkt ‚made in Germany' aufzuspüren. Es muß aber möglich sein, für jeden Zweig des Handels eine Art schwarzer Liste über alle verbotenen Warentypen deutschen Ursprungs aufzustellen und vielleicht sogar, um unfreiwillige Irrtümer zu vermeiden, eine Stelle zu bilden, in der diese Warentypen besichtigt werden könnten."

Was schließlich die Ausbreitung des Gedankens, den Krieg nach dem Kriege fortzusetzen, anlangt, so äußert der bekannte Nationalökonom Professor Charles Gide in seiner Schrift »La politique commerciale après la guerre« (Paris 1917, S. 2), er werde „von zahlreichen seit Kriegsausbruch zusammengetretenen Verbänden verfochten, die in unterschiedlichen Städten eine lebhafte Propaganda zur Sammlung von Unterschriften entfalten: so die Liga ‚Souvenez-vous', die Liga ‚Patria' und viele andere sogenannte anti-austrodeutsche oder Anti-Boches-Vereinigungen. Sie lassen ihre Mitglieder die Verpflichtung eingehen, kein Erzeugnis deutscher Herkunft zu kaufen, keine persönlichen Beziehungen mit einem Deutschen zu unterhalten, niemals in einem von einem Deutschen geführten Hotel abzusteigen usw." Selbst der „Touring-Club de France" hat sich der Après-guerre angeschlossen; sein Vorsitzender hat geradezu die Losung ausgegeben, zwischen Deutschland und Frankreich dürfe es nach dem Kriege nichts Gemeinsames geben außer einer Mauer zwischen beiden Ländern: „Überall die Mauer! Keine deutschen Produkte mehr bei

uns: statt dessen die Mauer! Keine deutschen Touristen mehr in Frankreich: statt dessen die Mauer! Keine deutschen Angestellten mehr in unseren Hotels: statt dessen die Mauer! Kein Wort mehr über die deutschen Kurorte und Sommerfrischen: statt dessen die Mauer! die Mauer! die Mauer!" (Gide, S. 3 Anm.).

So weit die Kriegsziele, die die französische Bourgeoisie in Mitteleuropa verfolgt. Sie in ihrer Anwendung auf die übrigen Zentralmächte unter die Lupe zu nehmen, dürfte sich erübrigen: stellen sie doch nur die logische Fortführung der in der vorliegenden Schrift zusammengestellten Programme dar. Überschaut man sie zum Schluß, so muß man gestehen, daß sie sich nur schwer auf ein bestimmtes Durchschnittsbild zurückführen lassen; dazu sind sie zu vielseitig, dazu widersprechen sie sich innerlich zu stark. Immerhin ist ihnen eins gemein: die Hoffnung, die Erwartung, daß Deutschland nach dem Kriege politisch und wirtschaftlich zu einer Macht zweiten Ranges herabsinkt. Mag dieses Ziel nun offen oder auf dem Umwege über alle möglichen Theoreme und Vorwände angestrebt werden, die bekanntlich billig wie Brombeeren sind, mag man es dadurch zu verwirklichen suchen, daß man Deutschland mit Hilfe der Rheingrenze in Schach hält oder es in eine Reihe hemmender und gehemmter Staatsgebilde auflöst, mag man Preußen nur verkleinern oder ganz zerschmettern wollen, mag man eine einmalige Kriegsentschädigung oder eine dauernde Hypothek auf den deutschen Nationalreichtum befürworten, mag man endlich den Nachkrieg ganz oder nur teilweise oder überhaupt nicht billigen: der tiefere Beweggrund bleibt doch immer derselbe, er wechselt bloß die Maske, nicht sich selbst. Deutschland soll zu einem Helotenvolk herabgedrückt werden; wohin das Auge sieht, soll es einer dreifachen Mauer des Hasses, des Neides und der Rachsucht begegnen. So wollen es die französischen Kriegszielschriftsteller — so will es die führende französische Bourgeoisie, der sie angehören und für die sie ihre Schriften bestimmen.

Der nackte Wille zur Macht, der sich unter diesen Umständen als Triebfeder auch der nichtamtlichen französischen Politik

enthüllt, ihre allseitige Übereinstimmung mit dem Annexionsprogramm der Poincaré und Clemenceau, die Kontinuierlichkeit, mit der sie seit den ersten Monaten dieses Krieges dieselben Forderungen vertritt wie in den siegestrunkenen Spätsommertagen des Jahres 1918, das alles wird in Deutschland, wo man durch den sonoren Phrasenschwall der französischen Kriegsliteratur nie betäubt worden ist, kaum als eine Überraschung empfunden werden. Überraschen wird nur eins: daß dem Auslande und namentlich dem neutralen Auslande, dem die in der vorliegenden Schrift verwerteten Broschüren viel bequemer zugänglich sind als dem Deutschen, noch immer nicht die Augen über die Ursprünge und Hintergründe der französischen Weltbeglückungspläne aufgegangen sind. Wie hat es geschehen können, daß man die an der Seine herrschende Klassenherrschaft übersah? Wie hat es geschehen können, daß man der gleichen Suggestion verfiel, die das französische Volk noch heute verblendet — der Suggestion, daß es sich in diesem Kriege um einen Kampf der Ideen handelt, einen Kampf moderner Freiheit gegen mittelalterliche Gebundenheit, einen Kampf der Demokratie gegen die Autokratie, einen Kampf der Beschützer der kleinen Nationen gegen die Hydra des Imperialismus?

Es gibt nur eine Antwort, und die lautet dahin, daß man draußen einem großen, glänzend organisierten und glänzend gehandhabten Propagandaapparat zum Opfer gefallen ist, der mit raffinierten Mitteln die politische Einkreisung der Mittelmächte auf publizistischem Gebiete fortsetzt. Wenn es diese Zeilen vermocht haben, zu einem bescheidenen Teil diese Sachlage aufzuhellen und dem neutralen Leser die alte Weisheit nahezubringen, daß durchaus nicht nur intra muros gesündigt wird, so haben sie ihren Zweck in dieser Richtung erfüllt. Uns Deutsche aber mögen sie erneut zum unterschiedslosen Mißtrauen gegen alles mahnen, was aus Frankreich zu uns herüberdringt, solange die dort am Ruder befindliche Oligarchie das Heft in den Händen behält. Sie will tatsächlich unsere Vernichtung, unsere staatliche, militärische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Zerschmetterung, mag sie das offen

zugeben oder unter der gleißenden Verbrämung freimaurerischer Welterlösungsprogramme verbergen. Für ihre Führer gibt es eben keinen Frieden mit Deutschland, sie wollen es verendend am Boden liegen sehen, und jede deutsche Regierung wird dauernd mit dieser Gesinnung zu rechnen haben.

Anhang.

Ein aktenmäßiger Beleg für die Kriegsziele der französischen Regierung.

Geheimtelegramm der russischen Regierung an ihren Botschafter in Paris:

Petersburg, 30. Januar 1917. 507 (Kopie).

In allerhöchster Audienz hat Herr Doumergue Seiner Majestät dem Kaiser den Wunsch Frankreichs mitgeteilt, sich der Rückgabe von Elsaß und Lothringen nach dem Schluß des Krieges zu versichern, sowie der Sonderstellung im Tale des Saarflusses, und es dahin zu bringen, daß die Gebiete westlich des Rheins von Deutschland losgerissen und so reguliert werden, daß der Rhein in Zukunft ein dauerndes strategisches Hindernis gegen ein deutsches Vordringen bilden möge. Doumergue sprach die Hoffnung aus, Seine Kaiserliche Majestät möchte nicht ablehnen, jetzt sofort seine Zustimmung zu diesem Vorschlage auszusprechen.

Seine Kaiserliche Majestät geruhte, im Prinzip seine Zustimmung auszusprechen, und ich ersuchte infolgedessen, daß Doumergue nach Mitteilung mit seiner Regierung mir einen Vorschlag zu einem Übereinkommen mitteilen möchte, welches auf der Basis des Notenwechsels zwischen dem französischen Botschafter und mir geschlossen werden könnte. Indem wir somit den Wünschen unserer Bundesgenossen entgegenkommen, glaube ich gleichwohl an einen Gesichtspunkt erinnern zu müssen, welcher von der Kaiserlichen Regierung im Telegramm vom 24. Februar 1916 Nr. 948 dargelegt wurde und nach dem wir, wenn wir Frankreich und England uneingeschränktes Recht in der Frage der Feststellung von Deutschlands westlichen Grenzen zuerkennen, darauf rechnen, daß die Bundesgenossen ihrerseits uns ein entsprechendes Recht zuerkennen werden, was die Feststellung unserer Grenzen mit Deutschland und Österreich anbelangt. Der bevorstehende Notenwechsel in der von Doumergue angeregten

Frage gibt uns somit Veranlassung, zu ersuchen, daß die französische Regierung uns gleichzeitig ihre Einwilligung dazu versichert, daß Rußland in der Frage der Bestimmung seiner zukünftigen Grenzen im Westen Handlungsfreiheit erhält. Exakte Angaben in dieser Frage werden wir zu seiner Zeit dem Pariser Kabinett mitteilen. Des ferneren glauben wir uns der Einwilligung Frankreichs versichern zu müssen, daß nach dem Schluß des Krieges die Servitut über die Alandsinseln aufgehoben wird. Bitte, legen Sie die oben dargestellten Gesichtspunkte Briand dar und telegraphieren Sie über das Ergebnis.

gez. Pokrowski.

Literaturverzeichnis.

Außer der Tagespresse wurden zur Zusammenstellung der vorliegenden Schrift benutzt:

Maurice Alfassa, L'Après-guerre. Le fer et le charbon lorrains. Préfaces du général Malleterre et de M. André Lebon, ancien Ministre. Paris, Belin, 1916.

Alphonse Aulard, La paix future d'après la Révolution française et Kant. Paris, Colin, 1915.

Ernest Babelon, La grande question d'occident. Le Rhin dans l'histoire 1, 2. Paris, Leroux, 1916/17.

Maurice Barrès, L'âme française et la guerre. Paris, Emile-Paul, 1916.

René Bazin, Aujourd'hui et demain. Paris, Calmann-Lévy, 1916.

Daniel Bellet, Comment payer les frais de la guerre. La fortune de l'Allemagne et celle des Alliés. 2 éd., Paris, Recueil Sirey, 1915.

Biard d'Aunet, Après la guerre. Pour remettre de l'ordre dans la maison. Préface de M. Etienne Lamy, de l'Académie française. Paris, Payot, 1916.

Colonel Biottot, L'Europe qu'il nous faut faire. La guerre. La paix. L'organisation du droit-force. Paris, Fournier, 1915.

Georges Blondel, La dernière étape. La paix qu'il nous faut. Paris, Recueil Sirey, 1917.

Enée Bouloc, Visions de guerre et de victoire. Paris, Plon-Nourrit & Cie, 1915.

Dr. A. Casset, La paix suprême en 1916. Paris, de Boccard, 1915.

Franck Chauveau, La paix et la frontière du Rhin. Paris, Perrin, 1915.

Arthur Chervin, L'Allemagne de demain. Paris, Nancy, Berger-Levrault, 1917.

Abbé Stephen Coubé, Alsace, Lorraine et France rhénane. Exposé des droits historiques de la France sur toute la rive gauche du Rhin. 2 éd., Paris, Lethielleux, 1915.

Alexis Delaire, Au lendemain de la victoire. Le nouvel équilibre européen. Paris, Nouvelle librairie Nationale, 1916.

Ernest Denis, La guerre. Causes immédiates et lointaines. L'intoxication d'un peuple. Le traité. Paris, Delagrave, 1916.

F. J. D[enis], Le traité de paix du . . . 1915. Fontenay-le-Comte, Petelot, 1914.

Louis Dimier, Les tronçons du serpent, idée d'une dislocation de l'Empire allemand et d'une reconstitution des Allemagnes. Paris, Nouvelle Librairie Nationale, 1915.

F. Dontenville, Après la guerre. Les Allemagnes, la France, la Belgique et la Hollande. Paris, Floury, 1915.

Ders., La question luxembourgeoise, la France et le Grand-duché de Luxembourg. Paris, Recueil Sirey, 1917.

Edouard Driault, La République et le Rhin. Paris, Recueil Sirey, 1917.

Ders., Les traditions politiques de la France et les conditions de la paix. Paris, Alcan, 1916.

Charles Dupuy, L'Allemagne à travers les siècles. Sa destruction obligatoire. Ce qu'il faut reprendre. Bordeaux, Delmas, 1915.

Luc Durand, La paix définitive. Comment la conquérir? Comment l'organiser? Paris, Giard & Brière, 1917.

Fernand Engerand, L'Allemagne et le fer. Les frontières lorraines et la force allemande. Paris, Perrin, 1916.

Ders., Ce que l'Allemagne voulait, ce que la France aura. Paris, Recueil Sirey, 1916.

Commandant Espérandieu, Le Rhin français. Paris, Attinger, 1915.

Jean Finot, Civilisés contre Allemands. Paris, Flammarion, 1915.

Charles Gide, La politique commerciale après la guerre. Paris, Ligue des droits de l'homme et du citoyen, 1917.

F. de Grailly, La vérité territoriale et la rive gauche du Rhin. Paris et Nancy, Berger-Levrault, 1916.

Yves Guyot, Les causes et les conséquences de la guerre. Paris, Alcan, 1915.

Ders., La province Rhénane et la Westphalie. Paris, Attinger, 1915.

Stéphane Juge, La paix de 1916. Paris, Librairie française, 1915.

Camille Jullian, Le Rhin gaulois. Paris, Attinger, 1915.

Louis de Launay, France-Allemagne. Paris, Colin, 1917.

Jean Lhomme, En 1916: une Europe renovée, la charte des nations. Paris, Editions Delandre, 1915.

Henri Lorin, La paix que nous voudrons. Paris, Alcan, 1915.

Paul Louis, L'Europe nouvelle. Paris 1915.

Charles Maillard, Aux poilus de la grande guerre: le socialisme et la reconstitution intégrale de la France. Paris, Attinger, 1916.

Général Malleterre, La bonne frontière militaire de la France contre l'Allemagne. Paris, Tallandier, 1918.

Paul Marmottan, Notre frontière naturelle, le Rhin. Paris, Floury, 1915.

R. de Mauni, Les Austro-Allemands devront aux alliés la somme approximative de deux cents milliards. Voies de contrainte et moyens de libération propres à recouvrir et acquitter ce passif. Etude militaire, politique et financière. Paris, Fournier, 1915.

Georges Pail, Les énigmes de la guerre: Les réponses aux graves questions de l'heure présente. Paris, Editions pratiques et documentaires, 1915.

Pierre Perreau Pradier et Maurice Besson, La guerre économique dans nos colonies. Paris, Alcan, 1916.

Léon Polier, Les forces de la France d'hier et de demain. Paris, Flammarion, 1915.

Albert de Pouvourville, Jusqu'au Rhin. Les terres meutries et les terres promises. Paris et Nancy, Berger-Levrault, 1916.

Maurice Privat, Pour en finir avec l'Allemagne. Paris, Editions et Librairie, 1916.

Onésime Reclus, L'Allemagne en morceaux. Paix draconienne. Paris, Attinger, 1914.

Ders., Annexion de la rive gauche. Sa moralité, sa nécessité, ses avantages. Paris, Attinger, 1915.

Barthélemy Rey, Quatre cents milliards. Etude sur le coût de la guerre et les indemnités que les puissances ennemies pourront payer. Paris et Nancy, Berger-Levrault, 1916.

Armand Richter, La guerre actuelle et l'Europe de demain. Paris, Giard et Brière, 1915.

André Sardou, L'indépendance européenne, étude sur les conditions de paix. Paris, Plon-Nourrit & Cie, 1915.

C.-M. Savarit, La frontièrè du Rhin. Paris, Floury, 1915.

Henri Stein, Notre frontière de l'Est. Paris, Alcan, 1916.

Henry Urban, L'effort de demain. Les grands problèmes économiques. Paris, Perrin, 1917.

P. Vidal de la Blache, La France de l'Est (Lorraine-Alsace). Paris, Colin, 1917.

La paix que nous devons faire. Le remaniement de l'Europe. Paris, Boivin, et Lausanne, Payot & Cie, 1915.

Ce que sera la paix de demain. Paris, Editions pratiques et documentaires, 1915.

Et après la victoire? Conditions de la paix au dehors et au dedans, par E. B. — Lyon et Paris, Emmanuel Vitte, 1915.

Inhalt.

Einleitung 1
I. Imperialistische Taschenspielereien. 4
II. Die Zerstückelung des linken Rheinufers. 16
III. Die Zerschmetterung Deutschlands. 38
Anhang. 62
Literaturverzeichnis. 65

Kartenbeilagen:

1. Die Eifel-Ahr-Rheingrenze (nach „La paix que nous devons faire. Le remaniement de l'Europe", Paris und Lausanne 1915).
2. Die Rheingrenze (nach Espérandieu, Le Rhin français, Paris 1915).
3. Neutralisierung des rechten Rheinufers; Umordnung Deutschlands; Amputierung der Niederlande zugunsten Belgiens (Propagandakarte von Fräulein Magda, Paris, Pigeon, 1915. Der Inhalt dieser Karte wird in deutschen Studien über die französischen Kriegsziele fälschlich als selbständiges, unter dem Titel „L'Europe future de demain" erschienenes Buch angeführt; als Verfasser wird der Verleger F. Pigeon genannt).
4. Zersplitterung Deutschlands in 60 Mittel- und Kleinstaaten (nach Dimier, Les tronçons du serpent, Paris 1915).

Druck von Breitkopf & Härtel in Leipzig.


Akademisches
Lese-Institut
BRESLAU

Druck von Breitkopf & Härtel in Leipzig.